

Arbeiterpolitik

4. Jahrgang Nr. 1

1. Januarhälfte 1951

20 Pfennig

Weltpolitische Jahresbilanz 1950

Anfang 1950 mimte die kapitalistische Welt Zuversicht. Die Schreiberknechte ihrer Presse sangen ein Loblied auf die Überwindung der Depression, die in der ersten Hälfte des Jahres 1949 die amerikanische Nachkriegskonjunktur erschüttert hatte. Sie priesen die Steigerung der Produktion des kapitalistischen Westeuropas. Sogar die von den USA erzwungene Abwertung des englischen Pfundes, die eine Abwertung in allen kapitalistischen Ländern außer der Schweiz zur Folge hatte, wurde gelobt. Auch in der SU und den von ihr abhängigen Gebieten war der Vorkriegsstand der Wirtschaft erreicht und überholt. Ihre Schreiberlinge feierten den 70. Geburtstag Stalins mit Orgien byzantinischer Unterwürfigkeit.

Ende 1950 decken modernste Kriegsschiffe und Flugzeuggeschwader den Rückzug der alliierten Truppen, die bei ihrem Vorstoß an die mandschurische Grenze ganz Korea, ein Gebiet halbso groß wie Deutschland, in einen Trümmerhaufen verwandelt hatten. Dieser Anfang und dieses Ende von 1950 zeigen handgreiflich die Verschärfung des Gegensatzes zwischen dem Weltkapitalismus unter Führung der USA und dem Kommunismus und der SU, ein Gegensatz, der seit dem Waffenstillstand 1945 das Weltgeschehen entscheidend beeinflusst.

Die amerikanische Intervention im koreanischen Bürgerkrieg ist der Beginn des 3. Weltkrieges, obgleich es möglich ist, daß es noch zu einem Waffenstillstand, einem zeitweiligen Kompromiß kommt. Die Tatsache, daß die mit der modernsten Mordtechnik ausgerüsteten amerikanischen Divisionen von Nordkoreanern und chinesischen Freiwilligen in die Flucht geschlagen wurden, die nur über leichte Waffen und Mörser verfügen, hat bei den Amerikanern nicht zu der Erkenntnis geführt, daß die revolutionären Kräfte, die für ihre Befreiung von jahrhundertalter Fremdherrschaft und einheimischen Quislingen kämpfen, mit überlegener Technik nicht unterworfen werden können. Ihr einziger Gedanke ist: noch mehr, noch bessere Technik und Hilfsvölker als Kanonenfutter. Weil dies der herrschende Geist der zum Untergang verurteilten kapitalistischen Herrenklasse ist, und weil der Kommunismus aus einem Wunschtraum reale Gestalt angenommen hat und zu einer Kraft geworden ist, die zurückschlagen kann, deshalb ist der 3. Weltkrieg, der in der Hauptsache eine militärische Machtprobe zwischen der SU und den USA werden wird, kaum zu vermeiden. Das ist so, weil die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern ihre Klassenlage und ihre historische Aufgabe als Totengräber der kapitalistischen Gesellschaft noch nicht erfaßt hat. Das Proletariat der kapitalistischen Welt glaubt, seinen etwas höheren Lebensstandard nur verteidigen zu können im Bunde mit seiner Bourgeoisie. Daß der Kapitalismus diesen höheren Lebensstandard wenigstens dem Teil, den er noch braucht, gewähren kann, ist seine stärkste Machtposition. Aber die Basis dieser Machtposition wird immer schwächer, und die totale Aufrüstung wird sie weiter untergraben.

Am Ende der kapitalistischen Nachkriegskonjunktur

Im Lande des noch lebensfähigsten Kapitalismus, in den USA, ist der Lebensstandard der Arbeiterklasse seit Kriegsende im Sinken. Die hohen Kriegsverdienste der amerikani-

schen Arbeiter schufen Ersparnisse. Diese bildeten eine Grundlage für Vollbeschäftigung während der Nachkriegskonjunktur und ermöglichten Umstellung auf Friedensproduktion.

Deutschland und Japan wurden von der Nachkriegskonjunktur gewaltsam ausgeschlossen. Dies ist das Geheimnis der Vollbeschäftigung in den Siegerländern. Aber die aufgesparte Kaufkraft wurde von Inflation, steigenden Preisen und höheren Steuern rasch aufgebraucht. Diese Senkung der Kaufkraft wurde durch die erkämpften Lohnerhöhungen auch in den USA nicht ausgeglichen. Die Profite der Kapitalisten waren aber in der Nachkriegskonjunktur noch größer als während des Krieges.

In England kaufte die Labourregierung die bankrotten Unternehmer in den wichtigsten Industrien auf und sicherte ihnen eine Rente, die sie privatkapitalistisch nicht hätten herauswirtschaften können. Dank hoher Steuern und großer staatlicher Zuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel und strenger Rationierung blieben die Reallöhne stabil, bis durch die Pfundabwertung auch die Kaufkraft der englischen Löhne gesenkt wurde.

In Frankreich stehen die Löhne der Kaufkraft nach $\frac{1}{4}$ unter dem Vorkriegsniveau, wie in Westdeutschland. In Italien ist die Lage noch schlimmer bei $2\frac{1}{2}$ Millionen Dauererwerbslosen; in Westdeutschland schwankt die Erwerbslosenarmee zwischen 1 und 2 Millionen. Aber Ende 1950 rühmt die kapitalistische Presse, daß in Westeuropa die Produktion 29% über Vorkriegshöhe liegt. — Dem verfallenden europäischen Kapitalismus wurde durch gesteigerte Ausbeutung der Werk-tätigen eine weitere Atempause verschafft.

Das ist in großen Zügen die wirtschaftliche Grundlage, auf der die Politik der letzten 5 Jahre und der zugespitzte Konflikt im Jahre 1950 sich abgespielt haben, soweit die kapitalistischen Länder in Betracht kommen.

Planmäßiger Wirtschaftsaufbau im Ostblock

In der SU und ihrem Einflußgebiet, wo die Kriegsverwüstungen ungleich schwerer waren, hat man durch planwirtschaftliche Maßnahmen ohne amerikanische Finanzhilfe und trotz Warenboykotts ebenfalls die Vorkriegsproduktion um durchschnittlich 20—30% überschritten. Im Ostblock und in der Ostzone wurden die schweren Kriegsfolgen nur beseitigt, indem die Gegenwartsinteressen der Werktätigen noch weniger berücksichtigt wurden als in den kapitalistischen Ländern. Dazu kam die Notwendigkeit, die alten herrschenden Klassen zu entmachten, ihren Widerstand zu unterdrücken und auch entgegen dem traditionellen Denken und Handeln der Arbeiterklasse und Kleinbürger die Zukunftsaufgaben den Augenblicksbedürfnissen der Werktätigen überzuordnen. Das wurde und wird russisch, d. h. mit barbarischer Brutalität durchgeführt. Das führt zu vermeidbaren Härten und wirkt konterrevolutionär, verlangsamt den Prozeß des planwirtschaftlichen Aufbaues in diesen Gebieten und treibt die Opfer dieser falschen Methoden ins imperialistische Lager.

Das nützen die Vertreter der kapitalistischen Welt raffiniert aus. Sie spielen sich auf als die Verfechter der indivi-

duellen Freiheit und der Kultur der Menschheit, indem sie auf den höheren Lebensstandard bei sich hinweisen und die Unterdrückung der Überlebenden des Kapitalismus im Osten als Unterdrückung der Persönlichkeit schlechthin darstellen. Die in bürgerlichem Denken befangenen Werktätigen Europas und Amerikas sehen nur die Brutalität der Geburtswehen der neuen sozialistischen Ordnung, nicht die weitere Perspektive. Weil die Arbeiterklasse Rußlands zahlenmäßig schwach und für die politische Herrschaft noch unreif war, aber dennoch dank außergewöhnlich günstiger Umstände diese politische Macht zuerst eroberte, entstanden die Schwierigkeiten beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft. Die Arbeiter in entwickelten kapitalistischen Ländern folgern daraus, daß sie nach der Machtübernahme dieselben Schwierigkeiten haben würden.

Im Ostblock sind die kommunistischen Parteien an der Macht. Aber weder ist das Proletariat dieser Länder reif, um in Selbstverwaltung den sozialistischen Umbau durchzuführen, noch sind die ökonomischen Vorbedingungen gegeben, um die kapitalistische Profitwirtschaft sofort auf die sozialistische Bedarfswirtschaft umzustellen. Was die kommunistischen Parteien dieser Länder tun können, wird nicht von ihrem Programm oder dem Willen ihrer Mitglieder und Führer bestimmt, sondern von den vorhandenen Klassenkräften und dem Entwicklungsgrad der materiellen Existenzbedingungen. In allen diesen Ländern steht die komm. Partei erst vor der Aufgabe, einen modernen Produktionsapparat und eine entsprechende Industriearbeiterschaft zu schaffen. Die Erweiterung der Industrie, Verkehr und Landwirtschaft geht auf Kosten der Lebenshaltung der lebenden Generation, aber ist Vorbedingung der sozialistischen Gesellschaft der kommenden Generation.

Dieser Aufbau, der vielleicht in einzelnen Fällen im Tempo zu rasch und mit zu brutalen Mitteln für die gegenwärtige Generation durchgeführt wird, schafft die Voraussetzungen für die sozialistische Gesellschaft und ist die Grundlage der Politik und Wirtschaft der SU vor und nach dem 2. Weltkrieg

Amerikanischer Imperialismus in der Sackgasse

Seit dem Waffenstillstand nach dem 2. Weltkrieg, in dem die Kraft der SU der Welt offenbar geworden war, herrscht Angst und Panik vor dieser Kraft. Im März 1947 proklamierte Truman die Politik der Weltfeuerwehr der USA gegen den Kommunismus. Ziel ist die Zurückdrängung der SU aus ihrem neuen Einflußgebiet. Angewandt wurden bis Juni 1950 alle Mittel: Propaganda, wirtschaftlicher Boykott, Drohung mit Krieg; aber direkte kriegerische Handlungen wurden vermieden, weil die USA dazu nicht genügend vorbereitet waren, vor allem weil die europäischen Hilfsvölker noch nicht bereit waren, ohne die ein erfolgreicher Krieg unmöglich ist. Ende 1949 war dies allen klar. Die chinesische Revolution hatte den Platzhalter der USA, den Quisling Tschiang Kai Schek, vom chinesischen Festland vertrieben. Trotz des „Sieges“ in Griechenland war der Verlust des ostasiatischen Brückenkopfes ein Kraftverlust für die USA und ein Kraftzuwachs für den sozialistischen Block. Die amerikanische Außenpolitik befand sich in einer Sackgasse. Die Depression war zwar durch wirtschaftliche Maßnahmen überwunden; aber für eine aggressive Außenpolitik reichten die vorhandenen militärischen Kräfte nicht. Alle Verhandlungen mit den westeuropäischen Satelliten über Marshall-Plan und Atlantik-Pakt führten nur zu Plänen einer Atlantik-Armee. Die Verwirklichung der Pläne scheiterte an den Widersprüchen und Gegensätzen der Interessen der westeuropäischen Satelliten. In den USA wuchs die Mißstimmung gegen die erfolglose Politik der amerikanischen Imperialisten. Es stand die Frage: Anpassung der Außenpolitik an die vorhandene militärische Kraft oder totale Aufrüstung, um die Rolle der Feuerwehr spielen zu können.

Beide Parteien, Demokraten und Republikaner, begannen die Vorbereitungen der November-Wahlen mit Friedensparolen. Vom vorgeschlagenen Militärbudget strich das Parlament 1 Milliarde. Acheson proklamierte die „totale Diplomatie“, damals ein Schlagwort ohne Inhalt. Die Republikaner wetteiferten mit den Demokraten in Kommunistenhetze. Jede Meinung, die vom hundertprozentigen Amerikanismus ab-

wich, wurde als kommunistisch veremt. Acheson und andere hohe Würdenträger wurden als Sowjetpione verdächtigt und für die Pleite der amerikanischen Politik in China verantwortlich gemacht, d. h. für die siegreiche antiimperialistische Agrarrevolution. Die politische Atmosphäre der USA glich der in einem Irrenhaus.

Da brach der koreanische Bürgerkrieg aus. Ob und in welchem Umfang amerikanische Fernostpolitiker dabei nachgeholfen haben, wird erst später festzustellen sein. Die in der Klemme befindlichen Feuerwehrpolitiker Truman-Acheson sahen jedenfalls darin eine passende Gelegenheit, ihr gestrandetes Schiffelein wieder flott zu machen. Alle geforderten Militärkredite wurden jetzt bewilligt: 40 Milliarden Dollar statt 13.

Der koreanische Bürgerkrieg

Den ohne Artillerie und Flugzeuge vormarschierenden Nordkoreanern gelang es nicht, die südkoreanischen Quislinge aus ganz Korea hinauszuerwerfen, bevor die USA zu ihren überlegenen Kriegsschiffgeschwadern und Luftflotten auch überlegene Landstreitkräfte heranschaffen konnten. Diese technische Überlegenheit ermöglichte den Amerikanern den Vorstoß bis an die chinesische Grenze. Die chinesische Regierung hatte gewarnt und erklärt, daß sie einen Vormarsch bis an ihre Grenze als eine Bedrohung ansehe, die sie nicht hinnehmen werde. Sie handelte nach ihren Worten. Chinesische Freiwillige unterstützten die geschlagenen Nordkoreaner und trieben die Amerikaner bis über den 38. Breitengrad zurück.

Lenin: Kein friedliches Zusammenleben

Die Aufgabe stand klar vor uns: Ohne Schutz der sozialistischen Republik konnten wir nicht existieren. Die herrschende Klasse wird ihre Macht niemals der unterdrückten Klasse abtreten. Letztere muß in der Tat beweisen, daß sie nicht nur das Joch der Unterdrücker abzuschütteln vermag, sondern daß sie auch bereit ist, sich zu ihrem eigenen Schutze zu organisieren und dabei alles aufs Spiel zu setzen. Wir sagten immer: „Es gibt zweierlei Kriege.“ Wir warfen den imperialistischen Krieg, negierten aber keineswegs den Krieg überhaupt. Die Leute, die uns vorwarfen, wir seien für den Militarismus, haben sich in Konfusionen verrannt. Und als ich den Bericht über die Berner Konferenz der Gelben las, wo Kautsky den Ausdruck gebrauchte: bei den Bolschewiki sei kein Sozialismus, sondern ein Militarismus, mußte ich lächeln und den Kopf schütteln. Als ob in Wirklichkeit die Geschichte auch nur eine einzige große Revolution gekannt hätte, die nicht mit Krieg verbunden gewesen wäre. Selbstverständlich nicht. Wir leben nicht nur in einem Staate, sondern in einem Staatssystem. Und die Existenz der Sowjetrepublik neben den imperialistischen Staaten ist auf die Dauer undenkbar. Letzten Endes muß entweder die eine oder die andere siegen. Und wenn dieser Zeitpunkt kommt, wird eine Reihe der schrecklichsten Zusammenstöße zwischen der Sowjetrepublik und den bürgerlichen Staaten unvermeidlich sein, und das bedeutet, daß das Proletariat als herrschende Klasse, wann es überhaupt herrschen will und wird, das beweisen muß in seiner Kriegsorganisation.

Lenin, Tätigkeitsbericht des ZK an den 8. Parteitag der KPSU, Moskau, März 1919.

Die Intervention in Korea war ein erfolgreiches Mittel Trumans, den amerikanischen Steuerzahler gefügig zu machen. Insoweit war seine Politik erfolgreich. Aber die Invasionsarmeen wurden trotz technischer Überlegenheit geschlagen von den überzeugten und in 26jährigem Bürgerkrieg erprobten Soldaten der Revolution. Ihre Bereitschaft, keine Opfer zu scheuen, um die fremden Eindringlinge und den von Amerika eingesetzten Henker, Syngman Rhee, von ihrer Erde zu vertreiben, erwies sich als wirksamer, als alle moderne Technik.

Die Chinesen fordern Rückzug aller fremden Truppen aus Korea, Rückzug der 7. amerikanischen Flotte aus den Gewässern von Formosa, keine weitere Unterstützung Tschiang Kai Scheks auf Formosa durch die USA, — Forderungen, die jeder Mensch als voll berechtigt anerkennen kann außer den amerikanischen Imperialisten. Die Pflicht der Arbeiterklasse aller Länder, auch der USA, wäre es, ihre Bourgeoisie an der Intervention zu hindern und zu handeln, wie die englischen Arbeiter 1920 handelten, als Churchill die Intervention gegen die junge Sowjetmacht organisieren wollte.

Im Verhalten der Arbeiterklasse der kapitalistischen Welt von 1917—1920 gegenüber der russischen Revolution und in ihrem Verhalten zur chinesischen Revolution 1950 spiegelt sich die ganze Tragödie der westlichen Arbeiterbewegung. Sie ist in Europa passiv, ängstlich; in den USA unterstützt sie aktiv ihre Imperialisten, wenigstens soweit ihre Gewerkschaftsführer für sie sprechen; sie ist Anhängsel ihrer Bourgeoisien, die drauf und dran sind, sie in den Totentanz des dritten Weltkrieges zu treiben.

Das ist die Bilanz der Entwicklung der Außenpolitik des Jahres 1950.

Der deutsche Kapitalismus erstarkt

Die Bilanz der Innenpolitik Deutschlands ist noch negativer. Eine eigene Innenpolitik gibt es nicht, nicht einmal in dem beschränkten Ausmaß wie in England oder Frankreich. Die Bonner Regierung ist das Geschöpf der drei westlichen, kapitalistischen Besatzungsmächte, die Ostregierung das Produkt der Sowjetbesatzung. Diese „Regierungen“ nebst ihren Scheinparlamenten werden durch die Strippen der zuständigen Besatzungsmächte in Bewegung gesetzt. Die drohende Aufrüstung hat schon zu einer Preissteigerungswelle geführt, die die Kaufkraft der Löhne und Gehälter von Woche zu Woche senkt. Wir befinden uns auf der schiefen Bahn der Geldentwertung wie nach dem ersten Weltkrieg. Dazu steigende Erwerbslosenzahlen. Die fatalistische Passivität der Arbeiter und Werktätigen weicht steigender Verdrossenheit, einer Wut gegen die Remilitarisierung, die sich Luft macht in lauten Protesten im Kino gegenüber der Kriegspropaganda und im zornigen, aber ohnmächtigen: „ohne mich“.

Die deutschen Kapitalisten sind wirtschaftlich wieder voll leistungsfähig. Jetzt versuchen ihre Regierungsvertreter, ihre politische Macht zu verstärken, indem sie Zugeständnisse der Westmächte im Austausch für Kanonenfutter fordern. Die Schumacher-Partei hilft dabei. Käme es nur auf die Adenauer, deren Hintermänner und die amerikanischen Imperialisten an, wäre das Geschäft schon unter Dach und Fach. Die Amerikaner und übrigens auch die Strategen der anderen 11 Atlantikpaktmächte wissen sehr gut, daß ein Krieg gegen die SU nur Erfolg verspricht, wenn die deutschen Divisionen das Hauptkontingent der Atlantikarmee stellen, für die schon der Oberkommandierende Eisenhower da ist, aber noch keine Soldaten.

Differenzen im kapitalistischen Lager

Aber England, Frankreich und die Kleinen fürchten eine starke deutsche Armee als Instrument einer wiedererstarkten deutschen Bourgeoisie — und nicht mit Unrecht. An diesen Widersprüchen und an den hohen Kosten der totalen Aufrüstung für alle Atlantikpaktmächte droht der amerikanische Plan zu scheitern. Zumindest wird er verzögert, falls die europäischen Arbeiter ihn nicht verhindern.

In England beginnt die Rebellion gegen die Kriegspolitik der USA laut zu werden. „The New Statesman and Nation“, das Organ der Fabiergesellschaft, des Gehirnrusts der Arbeiterpartei, gibt dem in den letzten drei Nummern Ausdruck. In der Nummer vom 23. Dezember lautet die Ueberschrift des Leitartikels: „Können wir die USA vor sich selbst retten?“ Daraus zitieren wir:

„Die große Mehrheit der UN würde eine allgemeine Verständigung im Fernen Osten begrüßen, die einen Rückzug der UN-Truppen ohne große Verluste an Menschen

und Prestige erlaubt... Amerikas Weigerung, irgend etwas anderes zu diskutieren als die bedingungslose Einstellung des Feuers in Korea, was die Chinesen als eine Falle betrachten, schließt jede Verhandlungschance aus... Der gegenwärtige Gemütszustand der Amerikaner wird enthüllt durch das Auftreten Achesons in Brüssel. Er forderte bedingungslos weit größere europäische Vorbereitungen. General Eisenhower soll eine Armee liefern, in der beträchtliche deutsche Kontingente mit Luftwaffeneinheiten eingefügt werden, die die Rolle der Gurkhas*) spielen sollen... Was wir sicher sagen können, ist dies: wenn die Westmächte die russische Einladung annehmen mit dem Vorbehalt, daß die Wiederbelebung der deutschen Wehrmacht nicht rückgängig zu machen ist, dann ist es besser, die Konferenz nicht abzuhalten... Von der SU kann nicht erwartet werden, daß sie eine neue Wehrmachtsintervention toleriert.“

Der „Statesman“ zitiert dann das amerikanische „Wallstreet Journal“:

„Das Argument, Waffen aufzuhäufen als die letzte Hoffnung den Ost-West-Konflikt zu lösen, ist einfach eine Entschuldigung für das Fehlen einer Politik. Sich für ein Wettrüsten entscheiden und Verhandlungen erschweren enthüllt bloß die Armseligkeit solcher Staatslenkerkunst.“

Der „Statesman“ setzt Hoffnungen auf „solche realistische Elemente in den USA. Großbritanniens und Frankreichs öffentliche Meinung müssen Amerika vor sich selbst retten.“

Was könnte bei solchen Widersprüchen im Lager der Imperialisten eine selbständige kommunistische Weltpartei leisten, die kein Werkzeug der Sowjetdiplomatie wäre? Ohne sie ist die internationale Arbeiterklasse dem blinden Zufall ausgeliefert.

Die Entscheidung liegt bei den Arbeitern Westeuropas

Wenn die USA sich durchsetzen und deutsche Truppen aufgestellt werden, besteht die dringende Gefahr, daß Polen und Tschechoslowaken losgehen, um dieser Aufrüstung einer deutschen Wehrmacht zuzukommen. Wenn die Nordkoreaner und die chinesischen Freiwilligen die amerikanischen Truppen aus Korea ganz verjagen und Truman Befehl gibt, die Atombombe gegen Korea anzuwenden, wie lange könnte sich die SU der Bündnispflicht gegenüber der chinesischen Revolution enthalten? Muß durch eine militärische Niederlage der USA erst vordemonstriert werden, daß ihre Kraft nicht ausreicht, um ihre Feuerwehrrpolitik gegen den Kommunismus zu verwirklichen?

Das sind einige der Fragen, die sich die Arbeiter an der Jahreswende beantworten müssen, die noch fähig sind, über ihr Schicksal nachzudenken. Es ist schon sehr spät, aber noch nicht zu spät. Die englischen, französischen, italienischen, deutschen Arbeiter können heute noch selbst entscheiden, ob sie für ihre eigenen Klasseninteressen oder für die ihrer Bourgeoisie, die sie in diese Sackgasse geführt hat, ihr Leben in die Schanze schlagen wollen. Die chinesischen Werktätigen haben sich entschieden. Entscheidet Ihr auch!

Amerikanische Befreiung

Vorläufig betreibt die Flugwaffe ihre Arbeit des Geschmeidigmachens. Vom Flugplatz Wonsan aus teilt sie überall Schläge aus. Der Reuterkorrespondent zeichnet ein eindrucksvolles Bild mit folgenden Worten:

„Die kleinsten Städtchen und Dörfer Koreas, die der Krieg bisher nicht berührt hatte, werden verwüstet, und ihre Zerstörung ist umso eindrucksvoller, als sie sich vollzieht in einer Landschaft, die verschönert wird durch die friedlichen Farben des Herbstes. Die ganze Landschaft scheint in Brand gesteckt durch die Artillerie, die Raketen und die Bomben aus den Flugzeugen, die den Vormarsch der Bodentruppen unterstützen. Die Geleitzüge gehen weiter durch Dörfer, die die Flammen allmählich in graue Aschenhaufen verwandeln.“

Monde, 13. Oktober

*) Gurkas-Angehörige eines mohammedanischen Stammes im Staate Nepal (an der indischen Nordgrenze). Sie stellen die besten Soldaten des englischen Kolonialheeres und spielen sehr oft die Rolle von Himmelfahrtskommandos.

Unsere Jahreskonferenz

Gewählte Vertreter fast aller örtlichen ARPO-Gruppen versammelten sich am Jahresende, um zu den wichtigsten Fragen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung Stellung zu nehmen. Der Altersaufbau der Delegierten war folgender:

| | | |
|--------------|-------|--|
| bis 25 Jahre | 8,5 % | Mit wenigen Ausnahmen waren alle Teilnehmer gewerkschaftlich organisiert. 45 % waren gewählte, ehrenamtliche Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre. |
| 25—35 | 25 % | |
| 35—45 | 36 % | |
| 45—55 | 22 % | |
| über 55 | 8,5 % | |

Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte:

1. Organisationsberichte
2. Tätigkeits- und Lageberichte sämtlicher Gruppen
3. Die politische Lage und unsere Aufgaben
4. Die Bildung einer dritten Arbeiterpartei
5. Die gewerkschaftlichen Aufgaben
6. Perspektiven der jugoslawischen Entwicklung.

Der Organisationsbericht zeigte, daß unser Blatt ausschließlich durch Verkaufseingänge und Spenden unserer Genossen finanziert wird. Die durch die langsame, aber sichere Ausweitung unseres Einflussesbereichs möglich gewordene Umstellung von Kleinformat zur Din-A-4-Ausgabe und damit verbundene drucktechnische Verbesserung wurde einhellig begrüßt. Die schrittweisen Vergrößerungen des einzigen Blattes der deutschen Arbeiterbewegung, das von sich sagen kann, allein den finanziellen Anstrengungen der Leser und Anhänger sein Bestehen zu verdanken, bringen für uns alle die Verpflichtung, diese Anstrengungen noch zu vergrößern. Die ständig steigenden Unkosten legen uns eine Bürde auf, die nur durch unsere eigenen Bemühungen erträglich wird.

Die politische Linie der Arbeiterpolitik wurde einmütig gutgeheißen. Auf dieser Grundlage wurden eine Reihe Vorschläge eingebracht und auf die Notwendigkeit einer breiteren, auf einen größeren Leserkreis zugeschnittenen Ausgabe hingewiesen. Für eine Wochenzeitung bedeutenderen Umfangs oder gar für eine Tageszeitung reichen unsere Kräfte nicht aus. Ohne die solide Basis einer ersten, tieferschürfenden, für Funktionärniveau herausgegebenen Arbeiterpolitik wäre diese Aufgabe auch gar nicht zu lösen. Wir werden daher als nächsten Schritt versuchen, gebietsweise die bisher örtlich abgezogenen durch gedruckte Beilagen zu ersetzen.

Das politische Referat unterstrich den Unternehmerangriff auf die Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsbürokratie erfüllt seit dem Waffenstillstand die Rolle des Laufburschen zwischen der deutschen Bourgeoisie und der Besatzung. Durch die neue Entwicklung ist das überflüssig geworden, denn die Besatzungsmächte, vor allem die führenden Amerikaner, gehen zur direkten Beauftragung von Vertretern der deutschen Bourgeoisie über. Das westdeutsche Unternehmertum, ermutigt durch diese Lageänderung, holt nun zum Angriff auf die Gewerkschaften aus. Das wirkliche Ziel dieser Angriffe ist die Zerschlagung der größten proletarischen Massenorganisationen, nicht aber die Frage, ob die Gewerkschaftsbürokratie paritätisch an der Gesundöbung der verfallenden kapitalistischen Gesellschaft mitwirken darf oder nicht. Dementsprechend müssen wir die Streikdrohungen des DGB ausnützen, um den wirklichen Kampf gegen den Kapitalsangriff zu organisieren und den Arbeitern den Inhalt der offiziellen Gewerkschaftspolitik vor Augen zu führen.

Außer dem mutigen Kampf der Salzgitter-Arbeiter und kleineren Streikaktionen verharret die Masse der deutschen Arbeiter immer noch in großer Lethargie. Die Entmutigung und Enttäuschung über eine nicht abreißende Kette dreißigjähriger Niederlagen sitzt ihnen noch tief in den Knochen. Die Schaffung einer revolutionären Klassenpartei wird sich nicht als Ergebnis einer Gründung am grünen Tisch einstellen, sie wird vielmehr in dem Maße vorbereitet als wirkliche Massenbewegungen und Massenkämpfe der Arbeiterklasse eigene Erfahrungen vermitteln, die ihr den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als unabweislichen Ausweg zeigen werden.

Das Entstehen der revolutionären Klassenpartei ist kein willkürlicher Saltomortale der guten Absichten, es ist eine Entwicklung, in deren Verlauf revolutionäre Gruppen und Strömungen durch wirkliche Einflußnahme zur Partei werden, indem sie die Funktionen der Partei praktisch auszufüllen beginnen. Eine solche Aufgabe ernst nehmen

heißt heute jene zu sammeln und zu schulen, die das Problem der Klassenführung lösen wollen.

Wir hatten Genossen der Schappe-Gruppe eingeladen, das Korreferat in der Frage der dritten Partei zu übernehmen. Ebenso wie in der „Freien Tribüne“ ängstlich jeder Auseinandersetzung mit unseren Auffassungen ausgewichen wird, lehnten sie das Erscheinen und die Darlegung ihres Standpunktes unter Bezugnahme auf ihr „gebundenes Mandat“ ab.

Einige Genossen einer Ortsgruppe hielten die unmittelbare Gründung einer revolutionären Arbeiterpartei durch unsere Gruppe für notwendig. Ihr Ausgangspunkt war die falsche Ansicht, die Ursache der gegenwärtigen Depression der deutschen Arbeiterbewegung sei in der Unfähigkeit der bestehenden Arbeiterparteien zu suchen, die Interessen unserer Klasse zu vertreten. Sie verwechseln Ursache und Wirkung. In Wirklichkeit ist das Fehlen einer revolutionären Klassenpartei der Depression geschuldet, die der Niederschlag der jahrzehntlang anhaltenden Nackenschläge ist, die den deutschen Arbeitern versetzt wurden. Erst das Ueberwinden dieser Stimmung und das Einsetzen größerer Massenbewegungen wird das Lebenselement für die revolutionäre Partei des Proletariats schaffen.

Eine Analyse der „Freien Tribüne“ und ihrer 11 Forderungen wird der Leser an anderer Stelle finden. Diese Kritik wurde von der Konferenz gutgeheißen. Aus den Berichten unserer Gruppen ergibt sich, daß der Vorbereitungsausschuß zur Gründung einer unabhängigen Arbeiterpartei überall dort, wo wir seine Angaben überprüfen konnten, nur über eine geradezu lächerliche Abonnentenzahl seines Organs verfügt. Ein schreiendes Mißverhältnis zwischen Aufmachung und Umfang des Blattes und dem hinter ihm stehenden Leserkreis liegt klar vor. Dazu kommt, daß das Ausfüllen einer Bereitschaftserklärung für die Mitgliedsaufnahme in die kommende UAP hinreicht.

Die Konferenz stellte fest, daß die Gründung einer dritten Partei ein Luftsprung wäre, der nur neue Enttäuschungen hervorrufen wird. Die Schaffung der revolutionären proletarischen Partei ohne außerparlamentarische Kämpfe breiter Massen ist unmöglich, weil erst solche Kämpfe den Arbeitern Erfahrungen vermitteln können, die ihnen beweisen, daß die wirkliche Schranke auf dem Weg zum Sturz dieser Gesellschaftsordnung die imperialistische Besatzung ist. Als bloße parlamentarische Forderung gehört die Räumungssparole allmählich zu jenen Forderungen, die billig sind wie Brombeeren.

Der Schwerpunkt des Gewerkschaftsreferats lag im Nachweis, daß es im Rahmen des Kapitalismus unmöglich geworden ist soziale Verbesserungen durchzusetzen und zu sichern. Der niedergehende Kapitalismus ist gezwungen, die Lebenshaltung der werktätigen Massen dauernd zu verschlechtern. Diese Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus ist die Grundlage jeder revolutionären Gewerkschaftstätigkeit.

Größere Gewerkschaftskämpfe müssen unweigerlich den engen Rahmen der traditionellen Lohnkonflikte sprengen und zu politischen Erschütterungen ersten Ranges werden. Selbst der von der Gewerkschaftsführung angedrohte Streik für das Mitbestimmungsrecht ist seinem Wesen nach ein politischer Kampf. So fordert die Entwicklung von der Arbeiterklasse, jeden sozialen Konflikt, jede Auseinandersetzung in eine Etappe des Kampfes um die ganze Macht zu verwandeln. Nur bei dieser Ausrichtung und Ausnützung der Klassenspannungen und Klassenkämpfe auf die Linie der politischen Macht ist es möglich, als Nebenprodukte soziale Konzessionen von der Bourgeoisie zu erlangen, die diese dann gibt, um die Klassenfront zu zersetzen.

Um die Köpfe und Herzen der Gewerkschaftsmitglieder zu erobern, muß innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen unablässig an der Organisierung und Zusammenfassung all jener gearbeitet werden, die diese Aufgabe verstehen, propagieren und in die Tat umsetzen. Hier handelt es sich vor allem darum, als ersten Schritt auf dem Weg zur Arbeiterkontrolle der Produktion die Forderung der Massendemonstration und des Massenprotestes gegen Remilitarisierung und Verschlechterung der Lebenshaltung zu erheben. Die Gewerkschaftskollegen müssen für diese Aufgabe mobilisiert werden und die Gewerkschaftsführer in dieser Richtung unter Druck setzen.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Elf Forderungen der „Freien Tribüne“

Mit der Bekanntgabe des Gründungstermins der Unabhängigen Arbeiterpartei Deutschlands veröffentlicht die „Freie Tribüne“ in ihrer 20. Nummer (23. Dezember) einen Aufruf, der, unterzeichnet von den Mitgliedern des Politischen Komitees, die Forderungen der Neubildung aufzählt. Aus ihnen ergibt sich klar Charakter und Position der UAP in der deutschen Arbeiterbewegung.

Der Kampf gegen den Krieg

Es heißt hier:

„1. Die wichtigste politische Gegenwartsfrage in Deutschland ist die Remilitarisierung. Wir lehnen eine solche Remilitarisierung grundsätzlich ab und glauben nicht an den unschuldigen „defensiven“ Charakter einer neuentstehenden Wehrmacht. Die Wiederaufrüstung führt im fortschreitenden Maße zur Senkung des Lebensstandards, zur Einschränkung der demokratischen Rechte des deutschen Volkes, und ihre zwangsläufige Folge kann nur der Krieg sein. Zur Verteidigung der Werktätigen gegen die Pläne der Militaristen und Rüstungsmagnaten fordern wir einen Volksentscheid gegen die Wiederaufrüstung. Dem Kriegsgeschrei stellen wir ein konstruktives Programm sozialer Forderungen entgegen.“

„Die wichtigste politische Gegenwartsfrage in Deutschland“ ist nicht, wie das auf den ersten Blick erscheinen mag, die Remilitarisierung. Die entscheidende, grundlegende Tatsache, von der bei der Behandlung aller Einzelfragen ausgegangen werden muß, ist die Besetzung Deutschlands, der Verlust der nationalen Unabhängigkeit, die heute wie 1945 besteht. Erst die Erkenntnis von den wirklichen Grenzen der deutschen Politik — die die Besatzungsmächte ziehen — ermöglicht es, die Remilitarisierung und den Kampf gegen sie ins richtige Feld zu rücken.

Die Wiederaufrüstung Westdeutschlands ist ein wesentlicher Bestandteil des imperialistischen Aufmarsches gegen die SU. Ueber sie entscheiden die Besatzungsmächte. Diese Wahrheit vertuscht die „Freie Tribüne“, indem sie, statt klar die treibenden Kräfte der Wiederaufrüstung beim Namen zu nennen, von „Militaristen und Rüstungsmagnaten“ spricht. Das hat seine bestimmten Gründe; denn erkennt man die Rolle der Besetzung in dieser Frage, dann ist es klar, daß jeder ernstgemeinte Kampf gegen die Remilitarisierung sich gegen diese Mächte richtet.

Wir sagen: ernstgemeintem Kampf, denn wenn man nur die Beteuerungen meint, so ist ziemlich alles in der deutschen Arbeiterbewegung, bis tief in bürgerliche Kreise hinein, gegen die Wiederbewaffnung. Maßstab für die Ernsthaftigkeit im Sinne des proletarischen Klassenkampfes sind die praktischen Konsequenzen, die zu ziehen man aus der Rüstungsgegnerschaft bereit ist.

Die SPD fordert Neuwahlen, bürgerliche Parteien und Gruppen, beispielsweise Niemöller, die Deutsche Partei, die WAV verlangen, ebenso wie die „Freie Tribüne“, einen Volksentscheid gegen die Wiederaufrüstung. Alle diese Forderungen haben einen gemeinsamen Boden: Festhalten der ganzen Angelegenheit im engen Käfig parlamentarischer

(Jahreskonferenz... Fortsetzung von Seite 4)

In informativischen Ausführungen wurde der Weg der KPJu und die aus der jüngsten Entwicklung sich ergebenden Perspektiven dargelegt. Es wurde ausgeführt, daß ohne Revidierung der außenpolitischen Linie der KPJu die Marschrichtung ins Lager des Imperialismus führt. Das bedeutet vorläufig nicht, daß die sozialistische Wirtschaftsgrundlage Jugoslawiens verschwindet.

Die zweitägige Konferenz leistete unter lebhafter Anteilnahme aller anwesenden Genossen eine gründliche und sachliche Arbeit, deren hohes Niveau wie bisher die sichere, wenn auch vorerst langsame Ausbreitung unserer Gedanken und Organisation gewährleistet.

Ernste, solide Arbeit, Verzicht auf hohle Marktschreierei — dann wird es vorwärts gehen!

Redegefechte, Furcht vor dem Einsatz der Klassenkraft des Proletariats.

Wir haben als einzige die Forderung erhoben (ARPO Nr. 22 III. Jhrg. S. 10) als nächsten Schritt **Massenproteste und Massendemonstrationen** zu organisieren; denn nur die außerparlamentarische Kampfkraft der Arbeiterklasse ist fähig, den Kriegstreibern Einhalt zu gebieten. Nur sie kann die Spreu vom Weizen sondern. Diese Forderungen müssen in der SPD, KPD und den Gewerkschaften propagiert werden um die Führer, die statt zu kämpfen gemächlich ihrem parlamentarischen Gewerbe nachgehen wollen, zu zwingen, Farbe zu bekennen. Dagegen ist es ein Fehlschluß, anzunehmen (F. T. Nr. 19 S. 4), daß die Losung: Volksentscheid die Klassenfront aufreißen und die bürgerlichen Führer entlarven wird, die ja ebenfalls diese Parole herausgegeben haben.

Die Propagierung des Volksentscheids ist nicht die Aufgabe einer proletarischen Partei. Das muß man den Niemöllers, DP, WAV usw. überlassen. Wenn diese ihre Propaganda Bewegung hervorruft — das gleiche gilt von der SPD-Parole: Neuwahlen —, dann ist es notwendig, Versammlungen usw. auszunützen, um den Arbeitern zu sagen und zu beweisen, daß kein parlamentarisches Manöver die Remilitarisierung abwenden kann, sondern einzig und allein die Aufbietung ihrer Klassenkraft.

Die F. T. „glaubt nicht an den unschuldigen ‚defensiven‘ Charakter einer neuentstehenden Wehrmacht“. Das tut nicht einmal Schumacher, dessen Patentstrategie sich jenseits der Weichsel und des Njemen austobt.

Offensive und Defensive sind nicht schematisch zu trennen, sie schlagen unter entsprechenden Verhältnissen ineinander um. Die westeuropäischen Armeen sind im Moment tatsächlich gegen den Ostblock in der Defensive, weil sie nur einen verschwindenden Bruchteil seiner militärischen Kraft aufzubringen imstande sind. Grundsätzlich lehnt die Arbeiterklasse die Aufrüstung aber nicht ab wegen eines Mangels an unschuldigem Defensivcharakter, sondern wegen der reaktionären, imperialistischen Klasseninteressen, denen sie dient. Daher ist der zitierte Satz eine Abschwächung und Verwässerung der grundsätzlichen Gegnerschaft zur Wiederaufrüstung.

Kann man mit sozialen Forderungen den Krieg bekämpfen?

„Dem Kriegsgeschrei stellen wir ein konstruktives Programm sozialer Forderungen entgegen.“

Sehen wir zunächst einmal ab vom Inhalt des „konstruktiven“ Programms. Die Verfasser sehen offenbar nicht, daß dieses Schlagwort wie etwa „konstruktive Opposition“ die grundsätzliche Uebereinstimmung mit der Regierung bedeutet. — Sofort springt die Parallele zu den SPD-Phrasen ins Auge, die ebenfalls der Remilitarisierung eine Reihe sozialer Forderungen „entgegenstellt“.

Hier ist zweierlei von Bedeutung. Erstens mögen sich Reformisten einbilden, daß es im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung noch möglich ist, „großzügige Wohnbau- und Sozialprogramme“ durchzuführen. Kommunisten müssen den Arbeitern sagen, daß selbst ohne Remilitarisierung das Lebensgesetz des niedergehenden Kapitalismus — die dauernde Senkung der proletarischen Lebenshaltung — sich unerbittlich durchsetzt. Nur der Sturz dieser Gesellschaftsordnung und die Errichtung der proletarischen Diktatur kann die dauernde Verbesserung der Existenz der werktätigen Massen sichern. Ohne diesen Punkt zu betonen unterscheidet man sich nicht von den „vielen Forderungsdemagogen“, die nicht nur Demagogen sind, weil sie den Klassenkampf in Wort oder Tat oder in beiden verwerfen, sondern vor allem deshalb, weil sie die Illusion erzeugen, daß ihr Wunsch Katalog unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen durchführbar sei.

Nebenbei gehört zum Klassenkampf auch eine proletarische Ausdruckswese. „Umwandlung“ der Gesellschaft und ähnliche Phrasen sind opportunistische Verwässerungen der marxistischen Begriffe. Unter solchen harmlosen Redensarten kann sich jeder vorstellen, was ihm gefällt.

Zweitens. Gegen das „Kriegsrausch“, d. h. die imperialistische Kriegsvorbereitung kämpft die Arbeiterklasse mit Massenprotesten und Massendemonstrationen, wie dies noch die Vorkriegssozialdemokratie tat: gegen den Krieg kämpft sie unter der Fahne der „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“, wie dies die Bolschewiki und die Kommunisten Chinas und Jugoslawiens taten. Wenn das Einstellen der rücksichtslosen Verteidigung der proletarischen Lebenshaltung ein sicheres Zeichen des Versagens im Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist, so ist das Eintreten für eine Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen noch lange kein Zeichen für den Klassenkampf gegen den imperialistischen Krieg. Roosevelt hat mit größtem Erfolg die amerikanischen Arbeiter gerade durch soziale Konzessionen im Kriege an die Interessen des USA-Imperialismus gefesselt.

Kampf gegen den imperialistischen Krieg und Kampf für die proletarische Lebenshaltung sind zwei Seiten des Klassenkampfes. Auf keine darf verzichtet werden, aber man kann sie auch nicht gegenseitig austauschen. Gegen den imperialistischen Krieg muß das Proletariat ebenso kämpfen wie um seine Lebenshaltung. Gegen den imperialistischen Krieg parlamentarische Manöver fördern, die außerparlamentarische Massenaktion nicht einmal propagieren, dafür aber soziale Forderungen den Kriegsvorbereitungen „entgegenstellen“, heißt mit radikal klingenden (aber echt reformistischen) Parolen auf den Kampf gegen den imperialistischen Krieg verzichten.

Die Demokratie, wie sie die „Freie Tribüne“ sieht

Die Verfasser befürchten von der Wiederaufrüstung eine „Einschränkung der demokratischen Rechte des deutschen Volkes“. Daß das „deutsche Volk“ aus verschiedenen Klassen besteht, muß diesen „Marxisten“ noch gesagt werden. Den herrschenden Klassen wird die Arbeiterschaft die demokratischen Rechte nehmen, sobald sie die Macht erobert; daher ist eine Arbeiterpartei gegen die Rechte der herrschenden Klasse und nicht berufen, sie zu verteidigen.

Ueberhaupt herrschen beim Politischen Komitee der F. T. die allerplattesten reformistischen Auffassungen in der Frage des Staates im allgemeinen und der westdeutschen Bundesrepublik im besonderen vor. Man nehme nur den famosen Punkt 8:

„Die Anwesenheit fremder Besatzungsmächte in Deutschland erlegt nicht nur den Volksmassen ungeheure materielle Lasten auf, sie behindert auch die freie Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung und der deutschen Demokratie. Wir sind deshalb für den Abzug aller Besatzungstruppen...“

Die „freie Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung“ ist eine Phrase, die alles und nichts bedeutet. Niemand kann behaupten, daß die sowjetische Besatzungsmacht die KPD/SED behindert oder die englische die SPD. Was die sowjetische Besatzungsmacht verhindert, ist die proletarische Demokratie; was die Westbesatzung verhindert und verhindern soll, ist die proletarische Revolution. Eine Partei der Arbeiterklasse müßte das klar aussprechen.

Der Höhepunkt der Konfusion ist indessen die „behinderte deutsche Demokratie“. Marxistisch ausgedrückt handelt es sich um die bürgerliche Demokratie, der die F. T. so rührende Tränen nachweint.

Nun weiß jeder Anfänger der marxistischen Wissenschaft, daß die bürgerliche Demokratie in Deutschland das Nebenprodukt der revolutionären Kämpfe des deutschen Proletariats 1918/1923 war, daß in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 der materielle Boden dieser Existenzform des Kapitalismus endgültig dahin war und die historische Fragestellung lautete: Faschismus oder Diktatur des Proletariats. Heute ist die Erhaltung des bürgerlichen Deutschland nur kraft

fremder Bajonette möglich, was z. B. die SPD und die bürgerlichen Parteien zum Wunsch nach möglichst langer Besatzung führt. Nur die Besatzung kann den realen, gesellschaftlichen Inhalt der „deutschen Demokratie“, d. h. die Klassenherrschaft der Bourgeoisie, garantieren. Im Namen der bürgerlichen Demokratie — also einer bestimmten Form der kapitalistischen Gesellschaft — die Losung des Abzugs der Besatzungsmächte und des Friedens ohne Annexionen und Reparationen stellen, bedeutet für eine Arbeiterpartei nichts weiter als eine diplomatische Geste, um ihren opportunistischen Charakter vor den angesprochenen Werktätigen zu verschleiern. Das beweist auch die Forderung der Auflösung der bewaffneten Formationen in West und Ost, womit beide über den gleichen Kamm geschert werden.

Wir sind für proletarische Demokratie in Ostdeutschland, nicht aber für Auflösung der „bewaffneten Formationen“, da diese dem Schutz der sozialistischen Wirtschaftsgrundlagen dienen.

Das Mitbestimmungsrecht und die Gewerkschaftsarbeit

Zu diesen Kardinalpunkten sagt die „Freie Tribüne“:

„3. Die Forderungen der Gewerkschaften nach Mitbestimmungsrecht werden von der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterklasse als zentrale Kampflosung anerkannt. Wir kämpfen daher uneingeschränkt für diese Forderung.“

In einem diese Sätze kommentierenden Leitartikel schreibt die F. T. selbst:

„Das Mitbestimmungsrecht, so wie es die Gewerkschaftsführung interpretiert, ist eine Illusion. Die Geschichte hat bewiesen, daß es keine Doppelherrschaft zwischen Ausbeutern und Ausbeuteten geben kann. Nur ein Entweder — Oder hat Platz.“

Woraus sich ergibt, daß die F. T. uneingeschränkt für eine Illusion kämpft. Wir sind der Meinung, daß man alles daran setzen muß, um die Arbeitermassen in Bewegung zu bringen. Wenn die Gewerkschaftsführung mit Streik — sei es auch für die Mitbestimmung — droht, muß man sie beim Wort nehmen und den Kampf organisieren helfen (siehe ARPO Nr. 24 III. Jhrg. S. 6/7).

Aber erstens ist es falsch, das Mitbestimmungsrecht als zentrale Kampflosung anzuerkennen, weil angeblich die Mehrheit der Arbeiterklasse dahintersteht. Die Mehrheit der Arbeiterklasse steht auch hinter Schumacher; wir werden uns aber hüten, sein Programm anzuerkennen. Ueberhaupt steht die Arbeiterschaft hinter reformistischen Illusionen, solange sie noch nicht die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes dieser Gesellschaftsordnung erkannt hat. Und zweitens beteiligt sich eine proletarische Klassenpartei an den wirklichen Kämpfen der Klasse, um die Illusionen der Arbeiter uneingeschränkt zu zerstören; denn ihre Ueberlegenheit ist die Einsicht in die historische Zielrichtung der Bewegung. Sie muß den Arbeitern uneingeschränkt sagen, wofür sie eigentlich kämpfen, ihnen das Bewußtsein ihrer Aufgaben vermitteln. Tut sie das nicht, verstärkt sie die Illusionen. Und in der Tat gibt es zwischen der Haltung der SPD, KPD, Gewerkschaftsbürokratie und der „Freien Tribüne“ hier keinen Unterschied. Sie stehen allesamt auf demselben grundsätzlichen Boden.

Die Einsicht in die Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus wird den Arbeitern nicht eines schönen Tages in den Schoß fallen. Sie wird das Resultat ihrer eigenen Erfahrungen sein, die die Kommunisten systematisch durch das Propagieren der Uebergangslösungen fördern müssen. Uebergangslösungen führen die Arbeiter an die Einsicht in die Unumgänglichkeit des revolutionären Sturzes des Kapitalismus heran, weil sie die Eigenschaft haben, scheinbar noch in seinem Rahmen durchführbar zu sein, in der Praxis diesen aber sprengen müssen. Eine derartige Losung ist die Arbeiterkontrolle der Produktion durch Organe der Werktätigen. Sobald diese Kontrolle erreicht ist — die keine Illusion ist — hat die Arbeiterschaft die ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie vernichtet und muß erkennen, daß die endgültige Festigung dieser Errungenschaft die Uebernahme der

Staatsmacht, d. h. den Sturz der Bourgeoisie, durch die politischen Räte der Arbeiterklasse notwendig macht. Die revolutionäre Bedeutung der Arbeiterkontrolle als Propagandakolonne verkennt Dormann in der F. T.; denn er spricht von ihr als „gesichert von den proletarischen Staatsorganen“, faßt sie also als Aufgabe der Periode nach dem Sturz der Bourgeoisie auf.

Arbeiterkontrolle und Mitbestimmungsrecht sind jedenfalls unvereinbar.

Was ist denn eigentlich das Mitbestimmungsrecht? Es ist ein anderes Wort für die abgestandene und in unangenehmen Geruch gekommene Arbeitsgemeinschaftspolitik. Sein objektiver Inhalt ist die Klassenzusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeiterklasse. Damit ist es nicht nur Illusion, d. h. undurchführbar, sondern ein Mittel der Täuschung und des Betrugs, ein Werkzeug der Zersetzung der Arbeiterklasse.

Ein Blick in die elf Forderungen der F. T. beweist das hinlänglich. „Der Kampf um das Mitbestimmungsrecht ist geeignet, der deutschen Arbeiterklasse jene Erfahrungen zu vermitteln, die sie befähigen, ihre demokratischen Rechte in Betrieb und Wirtschaft durchzusetzen.“

Was sind das für „demokratische Rechte“? Der Gründungsausschuß hält einen Betrieb oder „die Wirtschaft“ wohl für ein Parlament! Im Betrieb haben wir es mit ökonomischen, nicht mit juristischen Kategorien zu tun. Hier wird der Arbeiterklasse der Mehrwert abgepreßt; und dies ist das anerkannte „demokratische Recht“ des Kapitals.

Die Vorstellung der „Freien Tribüne“ von der „Erweiterung der Rechte der Betriebsräte“ ist altbekannt. Es ist die „Demokratisierung der Wirtschaft“ des bekannten Tarnow, der auf diese Weise den Kapitalisten nach und nach zum Fabrikator hinausdrängen wollte. Es ist dies der Bruch mit den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus.

Das ist keine Entgleisung oder ein Fehler, sondern ein Merkmal des politischen Standortes der „Freien Tribüne“, wie ihre Stellung zur Gewerkschaftsarbeit zeigt.

Dieser ist Punkt 2 gewidmet, dessen Inhalt die Inhaltslosigkeit ausmacht. Gerade in den nichtssagenden, allgemeinen, zu nichts verpflichtenden Redensarten wird es klar, daß die F. T. nur vom „Klassenkampf gegen das System der Ausbeutung“ redet.

Wirklicher Klassenkampf in einer Zeit, in der die wichtigsten Massenorganisationen des Proletariats, nämlich die Gewerkschaften, vollständig in der Hand gegen den Klassenkampf eingestellter, mit Staatsgewalt und Besetzung tausendfach verwickelter, christlich-gelb denkender Gewerkschaftsführer sind, erfordert Organisation der klassenbewußten Arbeiter in den Gewerkschaften, Bildung zielbewußter, kommunistischer Gewerkschaftsfraktionen. Darauf aber verzichtet die F. T. Daher ist die Redewendung vom Kampf, Klassenkampf usw. rein rethorisch gemeint. Sie steht auf demselben grundsätzlichen Boden wie die Gewerkschaftsreformisten.

• Sie propagiert nirgends den außerparlamentarischen Kampf der Arbeiter, sie verzichtet auf dessen unerläßliche Vorbereitung durch Gewerkschaftsfraktionen. Man kann ohne Mühe voraussehen, daß das eigentliche „Kampffeld“ der kommenden UAP in den Parlamenten liegen wird, deren praktische Bedeutung heute beinahe Null ist. Nimmt man die radikaler klingende Sprache weg, so ergibt sich, daß sich diese Partei von den anderen reformistischen Garnituren nicht grundsätzlich unterscheiden wird.

Was kann die Arbeiterklasse von der „dritten Partei“ erwarten?

Bei der Einschätzung der F. T., die die Fahne der kommenden UAP ist, handelt es sich nicht um persönliche Meinungen, guten Glauben oder wohlmeinende Absichten. Nur die nüchterne Analyse ihres Programms und ihrer Praxis kann hier zählen.

Ein Blick auf die zehn Unterzeichner des Aufrufs genügt, um zu sehen, daß es sich um alte, langjährige Mitglieder der kommunistischen Bewegung handelt. Es sind nicht Reformisten, die, von der SPD kommend, zum Kommunismus vorstoßen. Es sind Leute, die einst auf dem Boden der kommunistischen Grundsätze standen. Daß sie diese aufgegeben haben, beweist ihr Aufruf und ihre Zeitung. Daran kann auch die stolze Betonung ihrer innerparteilichen Demokratie nichts ändern, mit der es in diesem Falle eine besondere Bewandnis hat. Die Kommunisten der Gruppe ARPO sind von jeder Diskussion ferngehalten worden. Die „Freie Tribüne“ weicht jeder Auseinandersetzung mit unseren Auffassungen aus.

Nach dieser Abgrenzung gegen eine kommunistische Richtung gibt es allerdings sehr viel Bewegungsfreiheit in der F. T. Diese muß für Kommunisten durch die kommunistischen Grundsätze begrenzt werden. Solche Schranken kennt das Blatt nicht. Zum Beispiel rückt der Vorbereitungsausschuß in Nr. 20 von drei Sätzen ab, wie sie sich in jeder Nummer dutzendweise finden lassen. Bezeichnenderweise sind darunter nicht die Thesen vom selbständigen westdeutschen Monopolkapitalismus oder die Angebote an CDU und FDP. Unter der Flagge der „Meinungsfreiheit“ wird nicht positiv gesagt, daß und warum diese Sätze falsch sind, vielmehr werden Ansichten „respektiert“, die sich mit den Prinzipien des revolutionären Marxismus nicht vereinbaren lassen. In den brennenden Fragen der jugoslawischen Entgleisungen schweigt sich die F. T. einfach aus.

Diese Methoden sind nicht neu. Ihr Grundzug ist der Opportunismus.

Die Führer der kommenden UAP haben den Boden der kommunistischen Grundsätze verlassen. Sie bewegen sich vom Kommunismus weg. Dieser Weg führt unausweichlich früher oder später zum offenen Reformismus, zur SPD.

Unternehmerangriff auf das Streikrecht

Auf den brutalen Vorstoß der Vogel und Genossen hat der DGB-Vorstand mit der Urabstimmung über die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechts unter Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel in der Eisen- und Bergbauindustrie geantwortet. Aber der Verzicht der Gewerkschaftsführung auf eine wirkliche Massenmobilisierung aller Werktätigen in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen und Demonstrationen hat den mangelnden Willen der Führung zur Weckung und Stärkung der Kampfbereitschaft der Massen gezeigt. Das hat das Unternehmerlager zu weiteren Vorstößen ermutigt. A d e n a u e r hat B ö c k l e r brieflich mitgeteilt, daß ein „Streik um das Mitbestimmungsrecht die Gewerkschaftsbefugnisse überschreite und zu einem Konflikt mit der staatsrechtlichen Grundordnung führen könne“. Böckler hat sich dagegen auf Artikel 9 des Grundgesetzes berufen, der den Arbeitern das „Koalitionsrecht zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ zugesteht.

Obwohl sich bisher die Reaktion durch keinerlei Gesetze

von der Durchführung ihrer arbeiterfeindlichen Absichten abhalten ließ, hat jetzt Böcklers Gewerkschaftskollege, der Arbeitsminister Storch, zu aller Sicherheit „vorläufige Grundsätze für den Entwurf eines Schlichtungsgesetzes“ aufstellen lassen. B ü h r i g vom DGB-Vorstand sieht ganz richtig den Zweck dieses Entwurfes in Preisfreiheit für die eine und Lohnstop für die andere Seite dieser Wirtschaft und in der Wiederherstellung des Zwangsschlichtungswesens, wie es von 1923 bis 1933 bestanden hat. Er sagt u. a.:

„Aber das Bundesministerium für Arbeit geht in den vorläufigen Grundsätzen über die Vorschriften des Schlichtungsrechts von 1923 noch hinaus. Für die Dauer eines Schiedsverfahrens soll es den Beteiligten verboten sein, Kampfmaßnahmen einzuleiten. Da die Schlichtungskammern dem Weisungsrecht des Bundesarbeitsministers unterliegen sollen, hat dieser es in der Hand, jeden **Arbeitskampf unmöglich zu machen**. Er braucht nur den Schlichtungsausschuß rechtzeitig anzuweisen und den ergehenden Schiedsspruch kurzfristig nach seiner Ver-

Kündigung für verbindlich zu erklären — und die deutsche Arbeiterschaft hat ihr Streikrecht verloren.“

(„Welt der Arbeit“, 15. Dezember.)

Bührig zeigt dann die noch weitergehenden Beschränkungen des Streikrechts in den sogenannten öffentlichen Betrieben, wie Gas, Wasser und Elektrizität nach den Storchschen Grundsätzen auf, verweist auf die „Richtlinien zur Führung von Arbeitskämpfen“ des DGB-Kongresses in München und versichert:

„Bisher hat diese selbstverantwortliche Regelung der Gewerkschaften ausgereicht; sie wird auch für die Zukunft ausreichen“ —

nämlich zum Schutz der öffentlichen Betriebe gegen „Streikgefahr“. Das ist die Meinung des DGB-Vorstandes. Das war vielleicht auch die Meinung von Anton Storch, bevor er Bundesarbeitsminister wurde. Aber das ist heute nicht mehr seine und erst recht nicht mehr die Meinung der von ihm vertretenen Unternehmer, die nur mit einer völlig wehrlos gemachten Arbeiterklasse ihre soziale Marktwirtschaft aufrecht erhalten können. Und der Unternehmerstaat benutzt die vorhandenen und schafft neue Machtmittel, um jeden Verteidigungskampf der Ausgebeuteten gegen diese Ausbeuterwirtschaft unmöglich zu machen.

Aufgabe der Gewerkschaftsführung wäre es, die Arbeiter zu konsequentem Abwehrkampf aufzurufen. Was aber sagt Bührig als DGB-Vorstands-Mitglied? Er appelliert an Storch's gewerkschaftliche Vergangenheit, aus der er wissen müsse, „daß derartige gegen die Gewerkschaften gerichtete Maßnahmen stets das Gegenteil des gewollten erreicht haben“. Er erinnert Adenauer an seinen kürzlichen Ausspruch, „daß eine soziale Gesellschaftsordnung notwendig sei, die sich zu verteidigen lohne.“

Der Appell an die Vernunft der Unternehmer und ihrer Regierung ist völlig überflüssig. Sie verstehen ihre Klasseninteressen wahrzunehmen. Indem aber der DGB mit seinen Münchner Richtlinien auf den Streik praktisch verzichtet hat, hat er sich des wichtigsten Druckmittels auf die Unternehmer entledigt und sie damit zu ihren neuen Angriffen ermutigt.

Unsere reformistischen Führer versuchen immer noch der kapitalistischen Ordnung einen sozialen Charakter anzudichten, um dadurch dem unvermeidlich werdenden Kampf um eine wirkliche Neuordnung der Gesellschaft auszuweichen. Alle großen Worte Böcklers, die Gewerkschaften würden ein zweites 1933 nicht zulassen, werden so lange von niemand ernst genommen, solange nicht die Arbeiter selbst den Kampf zur Verteidigung ihrer letzten demokratischen Errungenschaften und zur Rettung ihrer Gewerkschaften aufnehmen. Nur wenn die Arbeiterklasse selbst auf die Anwendung ihrer wichtigsten Waffe, des Streiks, verzichtet, kann sie wehrlos gemacht werden.

Wie die SPD gegen die CDU kämpft

Im deutschen Krähwinkel wird verhandelt. Der „Sieger“ der Landtagswahlen kämpft mit den Besiegten um — die Ministerposten.

Am schnellsten war die Einigung der SPD und CSU in Bayern. Sie teilen sich die Verantwortung. Der reaktionäre Sozialdemokrat Högn er ist wieder „an der Macht“. — Bisher ging immer die Mär, daß ein großer Teil der bayerischen SPD links und marxistisch sei. v. Knöringen sollte gar der oppositionelle Gegenspieler Högners sein. Die gesamte bayerische SPD hat sich ohne merklichen Widerspruch für die Zusammenarbeit mit der CSU ausgesprochen.

Größer sind die Schwierigkeiten in Württemberg-Baden. Aber nicht etwa, weil die SPD die CDU nicht mit in die Regierung haben will, sondern im Gegenteil: in mehreren Briefen und Besprechungen hat die SPD die CDU dringend um Zusammenarbeit gebeten. Die CDU läßt sich bitten und macht sich teuer. — Dazu kam der Streit zwischen Demokraten (DVP) und Sozialdemokraten um den Ministerpräsidentenposten. Die DVP hatte bisher den Ministerpräsidenten, die SPD als stärkste Partei beansprucht ihn jetzt. Die DVP hält ihren Reinhold Maier für den besten und unersetzlichen. Denn unter seiner weisen Staatsführung sei alles so gut gegangen. Und er hat es auch den Amerikanern und den Bonnern ab und zu gegeben. (Er hatte Bonn als Bundeszentraltheater bezeichnet.) Daß er ganz gerechterweise von den Amerikanern öfters als zuverlässig gelobt wurde, wird vergessen. Dieser sparsame und bescheidene Mann, Freund verschiedener württembergischer Großindustrieller, möchte

aber nicht gerne auf den Sessel verzichten. Und so besteht vorläufig die Gefahr, daß die bürgerlichen Parteien ohne die Wahlsiegerin SPD die Regierung bilden. Auch hier keine Opposition in der SPD gegen die Koalitionspolitik, ja Bittgänge zu der in den Redeschlachten so bekämpften CDU.

In Hessen hatte die SPD die absolute Mehrheit im Landtag errungen. Grundsätzlich war die SPD dennoch zur Koalition bereit. Der Sozialdemokrat Flämig schrieb in der „Offenbach Post“:

„In Hessen steht die Frage einer Koalition völlig offen. Nötig hätten es die Sozialdemokraten rein zahlenmäßig nicht. Aber eine Koalition bringt neben einigen Nachteilen auch gewaltige Vorteile — besonders auf der Landesebene . . . Eine Landesregierung steht vor einer Fülle wichtiger Verwaltungsaufgaben erster Ordnung, die in Zusammenarbeit mit guten und arbeitswilligen Kräften aus verwandten Parteien leichter zu lösen sind. Es ist durchaus möglich, daß man auch in Hessen die neue Landesregierung wieder auf breite Füße stellen wird.“

Um aber alle verängstigten Gemüter zu beruhigen, erklärte der bisherige Ministerpräsident Stock, die SPD werde die vom Volk seit 4 Jahren gewünschte Sozialisierung der Grundstoffindustrie verwirklichen. Gleichzeitig solle aber die Entschädigungsfrage für die Besitzer der betroffenen Betriebe geregelt werden. Die SPD werde sich auf keine Experimente einlassen.

Diese Worte sind eindeutig. Und wenn auch die SPD jetzt alleine die Regierung gebildet hat, können die Kapitalisten weiter ruhig schlafen und brauchen nicht zu flüchten.

Etwas unsicher ist noch die Regierungsbildung im Lande Westberlin. Die SPD hat hier ihre absolute Mehrheit verloren, aber ist ohne weiteres bereit, die bisherige Zusammenarbeit mit CDU und FDP weiter zu betreiben, um Westberlin vor der roten Flut zu verteidigen. Es sind von den drei Parteien gemischte Kommissionen gebildet worden, die die Politik festlegen sollen in der Frage der Zerschlagung der einheitlichen Sozialversicherung, der Beseitigung der Schulreform und der Renazifizierung der Verwaltung. Das sind die ersten drei Forderungen der freien und christlichen Demokraten. Auch hier ist die SPD grundsätzlich bereits mit dabei. Es geht nur noch um die Bedingungen.

Diese Tatsachen der Koalitionsverhandlungen zeigen am besten den wahren Gehalt der Marktschreierei Schumachers von der prinzipiellen Opposition gegen Adenauers Politik und seine Partei. Wie lange werden die SPD-Arbeiter ohne jeden Widerstand hinnehmen, daß ihre Führer sie so einseifen und über die Löffel barbieren?

„Geistige Parterre-Akrobatik“

nennt Otto Stolz in der „Welt der Arbeit“ vom 15. Dezember das Bestreben der Unternehmer, das Mitbestimmungsrecht als „Rückkehr zu marxistisch-materialistischen Ideen“ zu verdächtigen. Er führt die Auffassung von Pater Welty und Erklärungen des amerikanischen Hochkommissars McCloy als Beweis dafür an, daß die Forderung nach Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit kein Bestandteil der marxistischen Thesen ist. Zu seiner Beruhigung darf Otto Stolz zur Kenntnis nehmen, daß sein reformistisches Gleichberechtigungsgerede mit der wissenschaftlichen Lehre des Marxismus ganz bestimmt nichts zu tun hat, daß es sogar noch tief unter der Einsicht des waschechten bürgerlichen Demokraten Abraham Lincoln steht.

In seiner Präsidentenbotschaft an den Kongreß vom 3. Dezember 1861 erklärte er:

„Arbeit kommt zuerst und ist unabhängig vom Kapital. Kapital ist nur die Frucht der Arbeit und könnte niemals existieren, wenn die Arbeit nicht zuerst existiert hätte. Arbeit steht höher als Kapital und verdient eine viel höhere Wertschätzung“. (Sämtliche Werke Band 7, S. 57.)

Stolz und Genossen lehnen es ab, um das Erstgeburtsrecht der Arbeiterklasse zu kämpfen und die menschliche Gesellschaft von der überlebten Kapitalherrschaft zu befreien. Sie lehnen ab und bekämpfen mit den Unternehmern die wissenschaftliche Lehre des Marxismus vom Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Damit stehen sie auf gleichem geistigen Niveau wie die Parterre-Akrobaten des Unternehmerlagers, das sich jetzt stark genug fühlt, auf eigene Faust und ohne reformistische Mitbestimmung die Arbeiterklasse zu knebeln und ungehemmt auszubeuten. Wie lange noch? Das hängt von den deutschen Arbeitern ab.

Betriebsbesetzung in Genua

Der großkapitalistische „Le Monde“ vom 28. November brachte einen Bericht aus Italien, den wir wegen seiner großen Bedeutung ungekürzt wiedergeben.

In Genua hat die Belegschaft der Ansaldo-Werke das Unternehmen besetzt und zwei Monate selbst geleitet.

Ein außerordentlicher und ernster sozialer Kampf spielt sich gegenwärtig in Genua ab. Seit genau zwei Monaten halten die Arbeiter, Angestellten und eine Anzahl Techniker der Ansaldo-Schiffswerften die Fabriken, Büros, Werkstätten und Lager dieses wichtigen Genueser Unternehmens besetzt.

Die Direktion hatte nach einem gewerkschaftlichen Konflikt die Schließung beschlossen. Sie hatte die Entlassung eines Teils der Belegschaft, die im ganzen rund 20 000 Männer und Frauen umfaßt, wegen Arbeitsmangels angeordnet, da ohne diese Entlassungen der Beschäftigungslosen das ganze Unternehmen trotz der Staatshilfen einem unausdenkbaren Bankrott entgegenginge. Die Arbeiter hatten sich widersetzt. In ihrer Verzweiflung hatten sich die Leitungen zurückgezogen. An Ort und Stelle gebildete Gruppen haben sie ersetzt, und seitdem arbeitet das Ansaldo-Unternehmen mit einigen Mühen weiter.

Da das Material vorhanden war, haben die besetzenden Arbeiter aus eigener Initiative ein 25 000-Tonnen-Schiff auf Kiel gelegt, dessen Pläne vorlagen. Die Feier des Arbeitsbeginns fand am 22. November statt in Anwesenheit von 3863 Arbeitern, Angestellten, Technikern, mehreren Abgeordneten und des kommunistischen Bürgermeisters von Genua.

Die Direktion hatte von dieser Initiative erfahren und zehn Tage vorher eine Mitteilung veröffentlicht, worin sie gegen diesen Schiffbau protestiert, die Revoltierenden auf die gesetzlichen Folgen ihrer Handlung aufmerksam macht und unterstreicht, daß die Werkstättenbesetzungen beim gegenwärtigen Stand der Dinge das Holzgerüst praktisch nicht bauen könnten, das unerlässlich für den riesigen Bau eines Schiffes von dieser Tonnage sei.

Die Arbeiter sind weitergegangen. Sie werden ein fliegendes Gerüst bauen, ohne dabei zu übersehen, daß sie nachher ein Schiff nicht vom fliegenden auf ein endgültiges Gerüst überführen können. Es ist jedoch möglich, daß sie eine heimliche Lösung dieser Schwierigkeit vorgesehen haben. Das ist ein technisches Problem. Dem Korrespondenten ist es unbekannt.

Aber dieses Ereignis hat Züge, die viele Bedenken hervorrufen. Glaubt das Personal von Ansaldo wirklich, seine Aufgabe bis zu Ende durchführen zu können ohne die Hilfe der Direktion, ohne Kontrolle, ohne Fachleute, ohne Baukredite, ohne Löhne, indem sie von den Unterstützungen anderer Arbeiterkategorien lebt, oder will sie nur einen Druck auf die Staatsgewalt ausüben? Wird die Belegschaft sich auf eine symbolische Geste beschränken? Bereitet sie eine Drohung vor von unberechenbarer Wirkung in einem Land wie Italien, von einem richtigen Arbeitersowjet (wörtlich: sovietsch professionell), der gegen die bestehenden Gesetze rebelliert auf dem Gebiet der Arbeit, der Wirtschaft, der Freiheit des Menschen und des Kapitals? Ist es ein Drama?

Die brutale Tatsache ist, daß der Konflikt zwischen der Direktion eines mächtigen italienischen Industrieunternehmens und seinen Arbeitern das Ausmaß einer Schlacht angenommen hat, die zwar ohne Waffen geführt wird, aber nichtsdestoweniger revolutionär ist.

In der Zwischenzeit haben die Verhandlungen offiziell nie aufgehört. Am 24. November hat die Direktion die Grundlagen eines Planes im Prinzip angenommen, der die Rückkehr zu normalen Zuständen vorsieht, und den Verzicht auf alle Strafmaßnahmen gegen die Führer der Bewegung und die Agitatoren; aber die Chefs wollen die vorgesehenen Entlassungen durchführen. Damit ist man wieder am Anfang angelangt.

Keine Zeitung hat bisher Platz gefunden für diese Meldung. Die Tatsache, daß italienische Arbeiter über zwei Monate ein Werk mit 20 000 Beschäftigten alleine führen und alle Probleme der Arbeitsplanung, der Technik, der Finanzierung ausreichend meistern, wird in der großen deutschen Presse mit keinem Wort erwähnt. Der Konflikt ging

weiter. Am 18. Dezember berichtet die Neue Zürcher Zeitung:

Nach 73tägiger Fabrikbesetzung durch das Personal hat die Leitung des defizitären Unternehmens mit der Belegschaft ein Abkommen getroffen, das das Problem der Entlassung der überzähligen Arbeitskräfte zu lösen trachtet. Von den 4000 Arbeitern, die entlassen werden sollten, werden vorläufig weniger als ein Drittel beurlaubt und erhalten während 6 Monaten eine Lohnausfallentschädigung von 66 Prozent; der Betriebsleitung wird vorgeschrieben, im Zeitraum eines Monats die Kündigung der Arbeiter anzunehmen, die ihre Stelle freiwillig aufgeben wollen und sich gemäß den Bestimmungen des Arbeitsrechts mit der bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses üblichen Abfindung und einer zusätzlichen Lohnentschädigung von höchstens 1200 Stunden zufrieden geben.

Von dieser großen Aktion der Arbeiter von Genua können wir einiges lernen. Der Gedanke der Arbeiterkontrolle der Produktion liegt in der Luft. Die Arbeiter können sich, wenn sie ernsthaft gegen die Kapitaloffensive und die Verschlechterung ihrer Lebenshaltung kämpfen wollen, nicht mit dem Lohnkampf begnügen, schon gar nicht auf Mitbestimmung hinarbeiten oder auf die angeblichen Verluste „ihres“ Unternehmens achten, sondern müssen den Kampf gegen ihre Kapitalisten aufnehmen um die Verfügung über ihre Produktionsmittel. In Genua haben die Arbeiter ohne ihre Partei- und Gewerkschaftsbürokraten die Arbeiterkontrolle zeitweilig durchgeführt und dabei gezeigt, zu welcher Disziplin und welchen Leistungen moderne Arbeiter fähig sind.

Brecht mit Der Reaktion!

Beendet das Bündnis mit Dem Welthauptkapitalismus!

Wir haben in ARPO Nr. 23, 1950 von der Opposition in der englischen Arbeiterpartei berichtet, die sich um die Zeitschrift „Socialist Outlook“ gruppiert. Ihre klare marxistische Stellungnahme zu den Aufgaben des englischen Proletariats kommt erneut zum Ausdruck im Leitartikel der Dezembernummer 1950, der unter obiger Überschrift u. a. schreibt:

Es wäre der schlimmste Irrtum, zu glauben, diese große Revolution im Fernen Osten sei das Produkt Moskauer Pläne. Sie hat eine eigene Dynamik. Sie ist eine eigenständige Revolution, die hunderte Millionen Menschen umfaßt — in der Tat das größte Ereignis, seit die russischen Arbeiter Zarismus und Kapitalismus 1917 stürzten.

Die Verflechtung dieser drei Faktoren — die unvermeidliche Krise des kapitalistischen Systems, der Konflikt zwischen Amerika und Rußland und der Ausbruch der mächtvollen Kolonialrevolution — hat das geschaffen, was in Wirklichkeit ein internationaler Bürgerkrieg ist.

Die reaktionäre Seite in diesem Bürgerkrieg kämpft unter der Flagge der UNO.

Wir sind auf der falschen Seite

Wir glauben, es wird in weiten Kreisen, besonders der Arbeiterbewegung, anerkannt, daß wir in diesem internationalen Bürgerkrieg auf der falschen Seite sind; daß unser Bündnis mit den USA ein Bündnis mit der Reaktion gegen die Kräfte des Fortschritts in der Welt ist. Dieser Gedanke wird etwas schwach widerspiegelt in den Parlamentsanträgen der 70 Arbeiterabgeordneten: Aber sie widerspiegeln nur, sie geben der Bewegung keine Führung.

Und doch ist der Ausweg klar wie der Tag. Wir müssen darauf drängen, daß die Arbeiterregierung alle Bündnisse und Verträge löst, die die Arbeiterbewegung in Krieg gegen die Kolonialvölker verwickelt und zum Krieg gegen die Sowjetunion verpflichtet haben. Eine solche Handlung würde die jetzige internationale Lage völlig verändern.

Seiner einzigen wirklichen Unterstützung in Europa beraubt, würde das Land der amerikanischen Kapitalisten es sich ernsthaft überlegen müssen, bevor es sich auf irgendwelche neue Angriffsmaßnahmen gegen die Internationale

(Fortsetzung auf Seite 10)

SED-Organisationsmethoden in der Sackgasse

Organisationsfragen sind politische Fragen. Die Politik der SED-Führung steht in entscheidenden Punkten im Widerspruch zu den Interessen der deutschen Arbeiterklasse und läßt sich deshalb nur auf dem Wege der Bevormundung und Beaufsichtigung der Mitgliedschaft durchsetzen. Man kann es auch Anleitung und Kontrolle nennen. Interessante Aufschlüsse, wie weit die SED auf diesem Wege zur Partei neuen Typus vorangekommen ist, gab Ulbricht kürzlich vor dem ZK der SED mit Vorschlägen zur Verbesserung der Organisationsarbeit. Die Schranke, an die Ulbricht stößt, ist die Passivität der Mitgliedschaft. Sie ist mit noch so raffiniert ausgeklügelten Organisationsmethoden nicht übersteigerbar. — Das wird besonders deutlich, wenn man Ulbricht über das Instruktorensystem der SED hört:

„Wie soll die Anleitung der unteren Parteieinheiten durch die Kreisleitung erfolgen? Gegenwärtig erfolgt sie hauptsächlich durch die Instruktoren, vor allem durch die hauptamtlich Beschäftigten... Wenn wir ein so hohes Wahlergebnis erzielt haben, so ist das wesentlich auf den außerordentlich starken Einsatz von Instruktoren... zurückzuführen. Ein solcher Instruktoreinsatz war in Anbetracht des gegebenen Standes der Organisationsarbeit und angesichts der Notwendigkeit, eine so gewaltige Aufgabe wie die Wahlen in kurzer Zeit durchzuführen, unbedingt richtig. Ich möchte aber davor warnen, sich auf diese Art der Anleitung zu beschränken, wie die Tendenz besteht. In vielen Fällen haben die Instruktoren die Leitungen der Grundeinheiten einfach ersetzt. Das war leider oft notwendig, ist aber nicht der Sinn der Instruktorensystemarbeit. Die gegenwärtig angewandte Methode des Einsatzes der Instruktoren birgt außerordentliche Gefahren in sich. Die Arbeit der Instruktoren hat nur dann einen Sinn, wenn die Genossen helfen, die Arbeit der Parteileitungen zu verbessern, die kollektive Arbeit in den Parteiorganen zu entwickeln... Die Leitung und Kontrolle muß von der gewählten zuständigen Parteileitung durchgeführt werden. Die Instruktoren sind Hilfsorgane.“

Als Hilfsorgane wurden die Instruktoren ins Leben gerufen. Sie mußten sich verselbständigen, weil die besatzungshörige Politik der SED-Führung keinerlei mobilisierende Wirkung auf die Mitgliedschaft ausüben kann. Als Ersatz für die gewählten Grundeinheiten konnten die Instruktoren Scheinaktivität und Scheinerfolge erzielen. Nun werden wirkliche Erfolge verlangt. Das Instruktorensystem bedarf der Reform. Die Instruktoren sollen das werden, was sie von Anfang an sein sollten, was sie aber in einer Partei, die ausführende Organ der Besatzungspolitik ist, nicht werden können. Jetzt kann das Spiel von neuem beginnen. Es wird erneut bei dem Zustand enden, den Ulbricht so bitter beklagt:

„Manche Parteileitungen betrachten die unteren Funktionäre in vielen Fällen einfach als Befehlsempfänger und verstehen nicht, daß es sich nicht nur darum handelt, mit Hilfe von Instruktoren bestimmte Aufgaben durchzuführen, sondern daß wir immer im Auge behalten müssen, daß die betreffenden leitenden Parteiorgane entwickelt, ihre Arbeit verbessert und ihre Funktionäre erzogen werden sollen.“

Und wie sollen nun Bürokratismus und Formalismus überwunden werden? Man höre und staune:

„Der Erfolg jeder Aufgabe hängt viel davon ab, wie es uns gelingt, das Parteimitglied zu überzeugen, den Genossen in den Parteiaktivversammlungen die Beschlüsse klarzumachen, und ihnen zu zeigen, wie sie durchgeführt werden sollen.“

(Fortsetzung von Seite 9)

Arbeiterklasse einließe. Die Alternative dazu ist: das jetzige katastrophale Treiben zu einem Krieg mit allem, was er für das Leben des werktätigen Volkes bedeutet, fortzusetzen.

Um es zusammenzufassen: die Arbeit muß von der Bewegung selbst getan werden. So wie der Druck von unten die Kürzung des Wohnbauprogramms verhinderte, die Verstaatlichung der Stahlindustrie sicherte, die englische Arbeiterjugendkonferenz gegen den Willen der Führung durchsetzte, so muß dieser Druck von unten auf das Gebiet der Außenpolitik übertragen werden. Dann — wir sind sicher, daß es geschehen wird — wird eine wirklich sozialistische und internationalistische Außenpolitik der Arbeiterbewegung gesichert sein.

Wie muß es um eine Partei bestellt sein, deren aktivste Mitglieder in den Parteieinheiten von der Richtigkeit der Politik überzeugt werden müssen! Aber hier sind wir beim Kern der Sache. Das Organisationsprinzip einer marxistisch-leninistischen Partei ist der demokratische Zentralismus. Demokratischer Zentralismus das heißt: offene, uneingeschränkte, rückhaltlose Diskussion und Ausarbeitung der Parteilinie durch die gesamte Mitgliedschaft, Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheitsbeschlüsse, Kritik und Kontrolle von oben nach unten und von unten nach oben. Demokratischer Zentralismus kann nur in einem selbständigen Klassenorgan herrschen. Die SED ist nicht selbständig, deshalb herrschen in ihr ideologischer und organisatorischer Terror der Führung und Furcht der Mitgliedschaft, bei offener Kritik irgendeinem -ismus zum Opfer zu fallen. Eine solche Partei ist tot und alle Wiederbelebungspritzen können nur Scheinaktivität hervorrufen.

Juristische Manöver oder offener Klassenkampf

Einem Bericht der Kommission für staatliche Kontrolle Sachsen zufolge schloß der Leiter des Papierreferates in der Industrie- und Handelskammer Sachsen nach 1945 eine größere Anzahl privater Papierfabriken zu einer Unternehmerorganisation zusammen, die als „Druckpapiergenossenschaft“ aufgezo-gen wurde. Der Aufsichtsrat dieser „Genossenschaft“ unterhielt enge Beziehungen zum britischen Hauptquartier. Neben einem Tarnbüro in Ostberlin bestand ein Büro in Westberlin, das die wirkliche Leitung ausübte. Die Kontrollkommission zählt u. a. folgende Vergehen auf:

Sabotage des Befehles 124 (Enteignung der Kriegsverbrecher). 85 % der sächsischen Papierindustrie blieben privat.

Papierschiebungen zugunsten des Westberliner Antibolschewistenorgans „Telegraf“

Papierpreiserhöhungen und Qualitätsverschlechterungen

Steuerhinterziehungen

Wirtschaftsspionage.

Bei diesen wie bei den zahllosen ähnlichen Prozessen läßt sich schwer abschätzen, wo die Bestrafung von Gesetzesverstößen aufhört und die juristisch verkleidete Enteignung der Unternehmer beginnt. Beides greift ineinander. Wirkliche oder konstruierte Gesetzesverstöße sind Anlaß oder Vorwand für die nachfolgende Enteignung.

Als Ergebnis des Kriegsbumdnisses der SU mit den Imperialisten vollzog sich der Umsturz in der Ostzone bürokratisch. Die Arbeiterklasse überließ es den Bürokraten und Parteibonzen, im Paragrafenschungel der Besatzungsbefehle herumzustöbern. Nicht selten schlugen sich die Arbeiter, enttäuscht vom Verhalten des sozialistischen Eroberers, auf die Seite der Unternehmer. Selbst entmachtete und bevormundet, verharret die Arbeiterklasse passiv, im Unglauben an die eigene Kraft. So kann die Bourgeoisie trotz ihrer Schwäche gegenüber der Besatzungsmacht zersetzend auf den sozialistischen Aufbau einwirken. Die Unternehmer und ihre LDP- und CDU-Hintermänner im Staatsapparat lassen sich nicht von der SED-Propaganda einfangen, die sich in den Bahnen einer demokratischen Volksgemeinschaft bewegt, sondern handeln zielbewußt im eigenen Klasseninteresse, wobei sie den gegebenen Kampfboden geschickt ausnützen. Aber die Arbeiter werden verwirrt. Ist es nicht ein trauriger Witz, daß dieselben Arbeiter, denen die SED-Führung das Lesen der Westberliner Schmierblätter als Todsünde auslegt, ahnungs- und gedankenlos mit ihrer Hände Arbeit das Papier für den „Telegraf“ herstellen? Die Kontrollaktionen der Bürokratie „zur Wahrung der demokratischen Gesetzlichkeit“ können die proletarische Klassenaktion nicht ersetzen. Im Fehlen dieser Aktion liegt die Schwäche des Umsturzes in der Ostzone.

Das muß sich umso verheerender auswirken, als der ökonomische Zwang zur völligen Liquidierung der Bourgeoisie fortbesteht. Ein friedliches Nebeneinander von sozialistischer und kapitalistischer Wirtschaft gibt es nicht. In der Ostzone ist der kapitalistische Wirtschaftssektor dem sozialistischen untergeordnet, bildet aber nach wie vor eine Bedrohung der sozialistischen Planung. Die völlige Aufhebung des Restkapitalismus ist also unumgänglich. Die Besatzungsbürokratie der Ostzone geht diesen Weg getreu ihrer Rolle als Anhängsel der sowjetischen Außenpolitik auf den fest-

eingefahrenen Bahnen juristischer Manöver. Sie muß den Schein der „Demokratie“ nach dem Westen wahren, weil die SU ihre Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben hat, auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens zur Einheit der Besatzungsherrschaft in Deutschland zu kommen. Verwirrt werden wiederum nicht die Imperialisten, die das Wesen der Sache erkennen, sondern die Arbeiter, die sich an der Form stoßen.

Der Ausweg ist die Sicherung und der Ausbau des Umsturzes von oben und außen durch die eigenen Kräfte der deutschen Arbeiterklasse. Die Sabotage der Bourgeoisie läßt sich nur brechen, indem die Organe der Arbeiterklasse Staatsapparat und Wirtschaft aktiv kontrollieren und leiten. Das Kampfziel heißt also Umwandlung der Besatzungsdiktatur in die proletarische Diktatur zur Niederhaltung der Bourgeoisie und schließlich ihre Aufhebung als Klasse. Selbstverständlich wird sich dieser Kampf auch in juristischen Formen abspielen, aber diese Formen müssen als das erklärt werden, was sie sind: Bestandteil des unversöhnlichen Klassenkrieges der Mehrheit der Werktätigen gegen eine Minderheit von Ausbeutern.

Die Kommunisten Jugoslawiens unternehmen gegenwärtig den Versuch, mit proletarischer Selbstverwaltung und Arbeiterkontrolle der Produktion den Sozialismus in ihrem Lande auf eine höhere Stufe zu heben. Die Auseinandersetzung mit

der Stalin-Bürokratie hat ihren Blick für die Gefahren des Bürokratismus geschärft. Das schwerste Hemmnis auf diesem Wege ist die technisch-kulturelle Rückständigkeit der sich aus dem Bauerntum rekrutierenden Arbeiterklasse. Aber der Schwung der Revolution und die Fähigkeit der Führung, die Werktätigen zu mobilisieren, machen den Versuch nicht aussichtslos.

In der Ostzone ist die Lage entgegengesetzt. Es fehlt die Antriebskraft der Revolution. Die „Führung“ ist politisch steril, hörig, charakterlos. Die Arbeiterklasse ist unbedingt fähig, die komplizierten Aufgaben der Wirtschafts- und Staatsführung zu lösen und die in der ersten Periode des Sozialismus noch unvermeidliche Bürokratie sachkundig zu kontrollieren. Aber dieses Ziel läßt sich nur im Kampf gegen die Besatzungsbürokratie durchsetzen. Hierzu bedarf es des Vertrauens in die eigene Kraft und des Willens zum Kampf. Diese Voraussetzungen fallen nicht vom Himmel, sondern werden im Prozeß der täglichen Auseinandersetzung mit Besatzungsmacht, Bürokratie und Klassenfeind herausgebildet. So wie die Bourgeoisie, die sich die Waffen für ihren Kampf schafft und eine wirksame Taktik und Strategie ausarbeitet, muß die Arbeiterklasse der Ostzone auch handeln. Auf der Seite der Arbeiterklasse steht die historische Notwendigkeit des Übergangs zur proletarischen Demokratie. Wo aber eine historische Notwendigkeit besteht, wachsen früher oder später auch die Kräfte, die sie verwirklichen.

Berichte aus den Bezirken

Die KPD wird gefäuhert

In unserer vorletzten Nummer berichteten wir über das Störunternehmen der KPD bei unserer Versammlung. Sie handelte in der Annahme, durch organisiertes Schreien und Pöbeln ihre geistige Armut verdecken zu können. — Aber derartige Aktionen haben auch ihre Schattenseiten. Bis jetzt mußte die KPD drei Genossen ausschließen, weil sie sich weigerten, als willenlose Herdentiere einem selbsternannten Leithammel nachzulaufen.

Reicht Grotewohl Adenauer die Hand, ist alles in schönster Ordnung. Diskutieren Arbeiter die Probleme der Arbeiterbewegung, begehen sie ein ausschlußwürdiges Verbrechen.

Wie das im einzelnen aussieht, zeigt die Mitteilung, die der Ortsgruppenleiter der KPD von Bremen-Grolland erhielt.

KPD, Arbeitsgebietsleitung Bremen, 14. Dezember 1950
Land Bremen, Sekretariat. Waller Ring 41.
No/Wa.

Herrn

Hans Petersen
Bremen-Grolland, Allländerstr. 1.

Auf der am 28. November 1950 tagenden Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Grolland der KPD wurde folgender Beschluß gefaßt: „Hiermit stellen wir den Antrag auf Ausschluß des Gen. Petersen aus der Partei.“

Begründung: Der Gen. Petersen hat sich trotz mehrfacher Ermahnungen durch die Mitgliedschaft der Ortsgruppe Grolland an Veranstaltungen der parteieindlichen Brandler-Gruppe beteiligt. In der letzten Veranstaltung der Brandler-Gruppe, am 22. 11. 1950 im „Deutschen Haus“ in Bremen, hat Petersen entgegen dem einheitlichen Auftreten einer dort einmalig anwesenden Gruppe von Genossinnen und Genossen der KPD gehandelt, indem er statt mit ihnen nach einer Erklärung des Genossen Oltmanns den Saal zu verlassen sitzengelieben ist und damit seine Sympathie der Brandler-Gruppe gegeben hat.“

Wie uns die Ortsgruppenleitung Grolland mitteilt, bist Du trotz Einladung zu den Mitgliederversammlungen am 28. 11. und 5. 12. 50 nicht erschienen.

Die Sitzung der erweiterten Kreisleitung (Pol- und Orgleitersitzung des Stadtkreises Bremen) hat am 8. 12. 50 zu diesem Beschluß der Ortsgruppe Grolland Stellung genommen und diesen bestätigt.

Stempel der Partei. KPD.-Landesvorstand Bremen
Sekretariat gez. Nolte

Genosse Petersen schreibt uns dazu:

„Wieder fiel ein Mitglied der KPD, bis vor kurzem Leiter der Ortsgruppe Grolland der befohlenen Säuberungsaktion

plus zu beweisender „politischer Wachsamkeit“ Einzelner, die es auch notwendig haben, zum Opfer. Begründung: Teilnahme an Versammlungen der Gruppe „Arbeiterpolitik“. Also weil er mit Klassengenossen diskutiert, was den Arbeitern frommt oder schadet, wird er ausgeschlossen. Uns kann es gleichgültig sein, wieweit die KPD in Verfolg der SED-Direktiven die Selbstentmannung betreiben wird. Nur so weiter, es wird der deutschen Arbeiterklasse zum Segen gereichen.“

Für die moralische Knochenfäule der KPD ist bezeichnend, daß Genosse Petersen zu den angeführten Versammlungen nicht eingeladen wurde!

Wie die SPD die Macht erobert

Die SPD kritisiert in Bonn des öfteren die Personalpolitik der Bundesregierung. Diese baut nämlich systematisch alte Nazis in den westdeutschen Staatsapparat ein. — Es ist daher interessant zu sehen, wie die SPD die Demokratisierung der westdeutschen Demokratie durchführt. Im „roten“, von sozialdemokratischer Mehrheit regierten Land Bremen hatte die SPD Gelegenheit, ihre Versprechungen und Theorien in die Tat umzusetzen. Die CDU erlaubte sich hier den Scherz, der SPD „Parteibuchbeamtentum“ vorzuwerfen, worauf die „Bremer Volkszeitung“, SPD, vom 2. Dezember 1950 ent- rüstet antwortet:

„Von diesen 13 000 (Bremer Beamten und Staatsangestellten) sind nämlich nur einige Hundert Sozialdemokraten, aber dafür gehörten um so mehr ehemals zur Nazi- partei! Wir haben Verwaltungen mit einem erheblichen Personalbestand, in denen auch nicht ein einziger Sozialdemokrat vorhanden ist, die Belegschaft im übrigen jedoch zu 100 Prozent aus früheren Nazis besteht! Das gilt besonders für einzelne Abteilungen der Finanzverwaltung, für die Schifffahrtsverwaltung, die Schlachthofverwaltung, wichtige Abteilungen der Justizverwaltung usw. usw. In den meisten der Verwaltungen schwankt die Zahl der früheren Nazis und heutigen CDU- oder DP-Wähler zwischen 50—80 Prozent. Die Zahl der Sozialdemokraten liegt aber im Durchschnitt bei nur etwa 2—4 Prozent.“

So sieht die Demokratie aus, wenn die SPD „an der Macht“ ist. Die einzige wirklich handfeste Aktion dieser Gesellschaft richtet sich gegen die Handvoll kommunistischer Beamter und Staatsarbeiter.

Hamburg

Betriebsrätemahlen auf der Hornaltdwerft

Werften und Hafn Hamburgs waren seit jeher kommunistische Hochburgen, sie stellten den Vortrupp der Hamburger Arbeiter in allen Kämpfen. Nur zu natürlich, daß sie auch den Unternehmern und den Gewerkschaftsbürokraten ein Dorn im Auge sind. Was nicht der SPD und nicht den

Nazis gelang, gelingt heute den Gewerkschaftsreformisten. Die durch die fristlose Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden Funk und des Betriebsrates Wienecke notwendig gewordene Neuwahl hatte folgendes Ergebnis: alle 15 gewählten Betriebsräte gehören der SPD-Liste an. Im alten Betriebsrat gehörten die 9 Arbeitervertreter der KPD, die 4 Angestelltenvertreter der SPD an. Die höchste Stimmenzahl für einen SPD-Kandidaten war 1960, die niedrigste 1550 Stimmen. Der beste KPD-Kandidat (auf der Gewerkschaftsliste) sammelte 1190 Stimmen. Zu dem Ergebnis beigetragen hat ohne Zweifel die Tatsache, daß Arbeiter und Angestellte dieses Mal gemeinsam gewählt haben. Wenn auch das Siegesgeschrei des „Hamburger Echo“ stark übertrieben ist, so wäre es doch für Kommunisten töricht, sich mit diesen Entschuldigungen abzufinden.

Die Niederlage der kommunistischen Genossen hat tiefere Ursachen, über die man sich endlich Klarheit schaffen muß, wenn man den weiteren Niedergang der revolutionären Bewegung aufhalten will. Es besteht kein Zweifel darüber, daß sich die kommunistischen Genossen im Betrieb die größte Mühe geben, um dem Unternehmerangriff standzuhalten. Der Niedergang der kommunistischen Bewegung in Deutschland ist nicht Schuld der kommunistischen Arbeiter. An Aktivität sind sie allen anderen Parteien meilenweit voraus. Aber Aktivität ohne eine richtige politische Gesamtlinie

Achtung! Stuttgart Achtung!

Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Gedenkfeier

am Samstag, den 13. Januar 1951, um 19 Uhr
im Kleinen Saal des Gewerkschaftshauses, Rotestr. 2 A

Aus dem Programm:

Rezitationen, Musik, Vorlesung aus den Werken
der drei toten Arbeiterführer, Gedenkrede

Eintrittskarten und Programme bei jedem Verkäufer
der ARPO.

Gruppe Arbeiterpolitik, Stuttgart

muß verpuffen und führt zur Entmutigung und Apathie der aktivsten Genossen. Was not tut, ist die Ursachen des Niederganges untersuchen, sich über den weiteren Weg Klarheit schaffen, und dann mit neuer Energie an die Arbeit gehen.

„... Ein volles Mitbestimmungsrecht wird Euch, Kollegen, zum wenigsten einen Teil der Würde und Rechte garantieren, die uns schaffenden Menschen von Natur aus zustehen“, heißt es in einem Flugblatt der kommunistischen Genossen zur Betriebsrätewahl. Wenn Kommunisten mit den Reformisten in Mitbestimmung konkurrieren wollen, werden sie geschlagen. Das Geschäft verstehen die Sozialdemokraten besser, denn sie betreiben es seit 30 Jahren.

Die Arbeiter verstehen die Sprache des Klassenkampfes viel besser. Das beweist ein weiterer Bericht, dem wir folgendes entnehmen:

Auf einer Gewerkschaftsversammlung in einem größeren Hamburger Betrieb sprach so ein Mitbestimmungspostel davon, daß jetzt das Mitbestimmungsrecht wichtiger sei als die Lohntüte. Ein Arbeiter, der ihm entgegnet hat und auseinandersetzt, daß die Arbeiter nicht mit den Unternehmern, sondern nur im Kampf gegen die Unternehmer ihre Interessen verteidigen können, stieß auf das allgemeine, wachsende Interesse der Kollegen. Seine Forderung: Nicht Mitbestimmung, sondern Kampf um die Arbeiterkontrolle der Produktion — konnte der Gewerkschaftsredner nur mit dem faulen Gerede beantworten, das sei doch dasselbe.

Darauf kommt es heute an: die revolutionären Arbeiter in den Betrieben sammeln zu gemeinsamer Beratung über den weiteren Weg der deutschen Arbeiterklasse, um dem reformistischen Gift das Gesundung bringende revolutionäre Handeln entgegenzustellen. Das aber kann man nur, wenn man es nicht jenem Schuster nachmacht, der die schlecht gearbeiteten Schuhe seinen Kunden schmackhaft machen wollte mit der Rede: Meine Schuhe sind gut, aber die Füße der

Leute sind schlecht. (Die politische Linie der Partei ist falsch, nicht die Wirklichkeit!)

Unter diesen Umständen des Versagens der KPD können einen die Sumpflüthen bei der SPD nicht mehr wundern.

Unser sozialdemokratischer Bürgermeister Brauer muß mit der sozialdemokratischen Mehrheit die Mittel für den so wieso völlig ungenügenden kommunalen Wohnungs- und Schulbau weiter einschränken. Aber er hat wenigstens den Trost, Kirchen wieder einzuweihen. In Altona sprach er beim Gesang des „Großen Hallelujah“ von Klopstock die großen Worte aus: Nichts ist größer und gewaltiger als das Evangelium. Den Hamburger Arbeitern wäre bei Gott ein Bürgermeister lieber, der Wohnblocks mit billigen Mieten einweihet, als ein Kirchenprediger. Da aber keine Gefahr besteht, daß die Kirche ohne Kohlen ist, werden wenigstens einige alte Leute zu Weihnachten erfahren haben, was ein geheizter Raum ist.

Unsere Hamburger Gewerkschaftsführer sind sehr aktiv. Sie führen Prozesse vor den Arbeitsgerichten, machen Tarifverhandlungen. (Dabei werden sie oft auch schon überflüssig, da die Unternehmer mit ihren Belegschaften Haus- und Hofabschlüssen, die in sehr rentablen Betrieben manchmal noch besser ausfallen als die Gewerkschaftstarife.) Da ihnen diese Aktivität nicht genügt, führen sie jetzt Prozesse nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen Gewerkschaftsangestellte. So hat man den Angestellten der IG Nahrung und Genuß Schleicher fristlos entlassen — übrigens gegen den Willen der Mitglieder. Jetzt geht es vor das Arbeitsgericht. Der Arbeitsrichter muß die Streitfragen der Gewerkschaftsangestellten lösen. Ein solcher darf einer Zeitung kein Interview gewähren, bestimmt der Arbeitsrichter. Interviews dürfen nach Ansicht der Gewerkschaftsleitung, die hier als „Arbeitgeber“ auftritt, nur von den Mitgliedern des Hauptvorstandes oder von den Ortsvorständen nach vorheriger Genehmigung der Texte gegeben werden.

Jetzt fehlt nur noch, daß die Unternehmer sich auf dieses Urteil berufen und Arbeiter auf die Straße werfen, die ihre Meinung sagen, ohne vorher den Unternehmer zu fragen.

Die Arbeiter beachten solche Gewerkschaften nicht mehr. Das wiederum begreifen die Gewerkschaftssekretäre nicht. Aber es wird Zeit, daß die Mitglieder in den Gewerkschaften Ordnung schaffen und dafür sorgen, daß ihre sauer verdienten Groschen für etwas nützlicheres verwandt werden als um den Unternehmern Präzedenzfälle vorzuexerzieren.

Bei den Hamburger Pfeffersäcken ist der Drang nach deutscher Einheit — wie sie sie verstehen — besonders widerstehlich. Die KPD-Presse bringt laufend Berichte darüber. Die „Hamburger Volkszeitung“ schrieb neulich unter der Überschrift: „Kampffront für Verständigung wächst“, daß Großkaufmann Wilkening mit von der Partie ist. Er hat nämlich erklärt: „Ich bin überzeugt, daß Hamburg in einem geeinten Deutschland wesentlich leichter seinen Ex- und Import nach dem Nahen und Fernen Osten ausbauen kann, als es im Augenblick der Fall ist...“ Und der Vorsitzende der Hamburger CDU-Fraktion Blumenfeld sagte: „Ich stelle mich positiv zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Grotewohl, einen gesamtdeutschen konstituierenden Rat zu bilden.“ Dieser Blumenfeld sagte in seiner großen Bürgerschaftsrede vom 3. März 1950 u. a.:

„In diesem Zusammenhang möchte ich auch von dieser Stelle aus unsere Anerkennung den Gewerkschaften für ihre klare Haltung in der Vergangenheit ausdrücken. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, daß der soziale Friede in Westdeutschland und in Hamburg gewahrt worden ist, nicht zuletzt im Hafen... Ich kann nur die Erwartung aussprechen, daß in den nächsten anderthalb Jahren nicht etwa durch politische Zielsetzung der soziale Friede gestört wird, so durch unnötige Forderungen auf Lohnerhöhungen.“

Diese Herren wollen die Einheit des Profitmachens. Die Hilfe der westdeutschen Arbeiter für den Wirtschaftsaufbau des sozialistischen Ostens kann nicht in der Zusammenarbeit mit den eigenen Kapitalisten bestehen, sondern in der Abschaffung dieser Kapitalisten. Dann können die deutschen Arbeiter durch planmäßige Produktion den Aufbau im Osten wirklich fördern und unterstützen.